

Die „Wolfsmacht“
erschint in den Jahren 1901
und ist durch die
Expedition, Neue Graunitzer Str. 2/3,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 3.00,
wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Wolfsmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserentenpreis
beruht für die erste Spalte
in der ersten oder zweiten Nummer
auf 25 Pfennige.
für Annoncen, Inserate und
Verkaufsanzeigen
15 Pfennige.
Kundenzugabe 25 Pf.
Nachtrag für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 148.

Breslau, Dienstag, den 28. Juni 1910.

21. Jahrgang.

Friedberg-Büdungen.

Zwei Tage, nachdem die verbrecherische Bombe in Friedberger Rathaus geschlagen, die man so gerne politisch ruffähigert hätte, schlug eine noch kräftigere Bombe aus Friedberg in den Wald der reaktionären Blätter. Landau, Neustadt, Raburg, Halle, Eisenach, Uedermünde und nun Friedberg-Büdungen mit 2000 Stimmen Mehrheit — das wird selbst dem eifernstimmigsten Odenburger etwas zu viel auf einmal und die reaktionären Pressbedienten laufen erregt durcheinander wie in einem aufgeföhrt Amiesenhäusen. 2000 Stimmen Mehrheit, das ist auf jeden Fall, wie mans dreht und wendet, eine verurteilte Sache. Entweder die Werbekraft der Sozialdemokraten ist die eigene Fahne war um die Welt nicht erschöpft — das wäre die Quintessenz für manchen Junkerkreis — oder bürgerliche Scharen von beträchtlichem Umfang halten es für ihre politische Pflicht, in der Stichwahl sozialdemokratisch zu stimmen — das ist ebensowenig tröstlich für den blauschwarzen Bloß. Um die große Fahnenflucht im Lager des Bürgerturns zu vertuschen, sucht die reaktionäre Presse deshalb besonders die Abgabe nationalliberaler Stimmen für den Sozialdemokraten zu verfeinern und zu diesem löblichen Zwecke geleht man uns auf einmal Stichwahlreserven zu, die man uns sonst immer abstritt, und läßt auch den Freisinn in alter Stärke weiter bestehen, dem man vorher schon das „Aufgehen in der sozialdemokratischen Stimmenzahl“ nachgelagt hatte. Je unangenehmer jedoch den Schwarzen die gebrochene Schlachtlinie des Bürgerturns zu sein scheint, um so entschiedener müssen wir darauf verweisen und es gerecht uns zur Genugtuung, nunmehr auch den „Vorwärts“ bei der Bestätigung dieser Tatsachen anzutreffen. Er schreibt nämlich:

Die Politik des schwarz-blauen Bloß hat im deutschen Volke solche Erbitterung erweckt, daß auch bürgerliche Schichten anfangen, in den Junkern und Wäffern das größte Uebel selbst gegenüber den gefährdeten Sozialdemokraten zu erblicken. Für die Politik der unverbüllten Reaktion läßt sich auch das Bürgerturn nicht mehr geschlossen ins Feld führen.

Wir wollen diese Tatsache durchaus nicht überschätzen. Wir wissen, daß der deutsche Liberalismus keineswegs zu einer energischen, demokratischen Reformpolitik sich ausgerückt hat. Die fortwährenden Beleuerungen der nationalliberalen Blätter, von einem Unschärfen ihrer Partei könne keine Rede sein, stoßen wirklich bei uns nicht auf Unglauben. Aber die schwarz-blauen Herren, die heute das Heft noch in Händen haben, und die sehen, wie die Erbitterung des Volkes gegen ihre verhasste Herrschaft immer höhere Wogen schlägt, sind selbst dem geduldigen deutschen Bürgerturn unerkennlich geworden. Das deutsche Bürgerturn war ja in seiner Angst vor den Forderungen der Arbeiter bereit, die Ausübung der Herrschaft den Junkern zu überlassen. Doch die Kosten werden allmählich zu hoch. Diese Prätorianergarde, die ihnen die Arbeiterklasse niederhalten sollte, wird ihnen selbst immer gefährlicher. Ihre wirtschaftlichen Ansprüche werden immer unvereinbarer mit den bürgerlichen Interessen und politisch reizt ihre reaktionäre Provokationspolitik, die sich auch — das Schicksal der preussischen Wahlreform hat es bewiesen — den dringenden und unaufhaltbaren Fortschritten in übermäßigem Sturz entgegenstemmt, die Volksmassen zu immer gewaltigerem Ansturm auf. Aus der Mitregierung, die die bloßere Bülow ihnen bediente, hinausgeworfen, haben die liberalen Führer ihre Autorität selbst bei einem Teil ihrer eigenen Anhänger eingebüßt, und der liberale Wähler ist nicht mehr unter allen Umständen die verlässlichere Stütze der hinterlistigen Reaktion.

In Friedberg-Büdungen haben die Volksparteier diesmal ihre Pflicht erfüllt und die Partei für die Sozialdemokratie ausgegeben. Zahlenmäßig darf allerdings die Wirkung dieses Umstandes nicht überschätzt werden. Von den 1400 Freisinnigen, die 1907 in Büdungen gewählt worden waren, dürfte viertelst die Hälfte diesmal schon bei der Stichwahl sozialdemokratisch gestimmt haben, teils weil sie unterdessen sozialdemokratisch geworden, teils weil sie nationalliberal wählen wollten. Die Vermehrung unserer Stimmenzahl ist also nur zum geringen Teil freisinniger Hilfe geschuldet. Ein Teil der Vermehrung ist unseren eigenen Reserven zu danken, ein Rest aber muß auf nationalliberale Stimmengabe zurückgeführt werden. Sowohl die nationalliberale Partei als auch der Bauernbund haben aber nicht nur die Partei für den Bündler Helmolt ausgegeben, sondern auch nach Kräften für ihn in der Stichwahlkampagne gearbeitet. Trotzdem sind die nationalliberalen Wähler zu einem Teil der Partei nicht gefolgt; die meisten haben zwar für Helmolt gestimmt, doch andere sind zu Hause geblieben und der Rest hat sogar sozialdemokratisch gewählt. Und dies gerade ist wichtig, weil es zeigt, daß nur eine Partei auf Zustimmung, ja Begünstigung auch in weiten bürgerlichen Kreisen rechnen kann: die Partei der Niederringung der Reaktion mit allen Mitteln. Dadurch erst wird die Niederlage der Bündler zu einer so schweren. Die Macht der Junker beruht auf der Schwäche des Bürgerturns. In dem Moment, wo das Bürgerturn den Sturz der Junkerherrschaft ernsthaft will, sind die schönsten Tage der Junker vorüber.

Das ist das selbe, das wir am Sonnabend ausführten, als wir sagten: „Neben die Liberalen nun endlich Gegenständigkeith, dann können 1911 Junkerburgen gestürmt werden, die heute noch für unheimlich gelten.“ Umso interessanter sind auch die Einzelheiten über das Verhalten der Beamten und Lehrer, die das „Berliner Tageblatt“ aus dem Wahlkreis erfährt:

Dieses Resultat ist um so höher zu veranschlagen, als das schlechte Wetter, das am ganzen Tage herrschte, infolgedessen die Chancen Helmolts am wenigsten begünstigte, als die Bauern Masse tauben, zur Wahlurne zu gehen. Der Parteivorsitzende an

Stimmen für Busold, der in der Hauptwahl 9551 Stimmen erhalten hat, ist wohl ausschließlich auf das Konto der freisinnigen Volkspartei und derjenigen Nationalliberalen zu schreiben, die sich an die Parteiparole nicht hielten. Der Zuwachs wäre noch bedeutend größer gewesen, wenn nicht schon ein großer Teil der Freisinnigen im ersten Wahlgang für Busold eingetreten wäre. Intelligenz und Arbeiterschaft sind in dem Wahlkampf Hand in Hand gegangen in dem gleichen Bestreben, den blinderlichen Kandidaten zu Fall zu bringen. Insbesondere die Beamten und die Lehrer haben diesmal fast ohne Ausnahme Busold gewählt, und diejenigen Beamten, die es mit ihrer Beamtenqualität nicht vereinbaren konnten, einen Sozialdemokraten zu wählen, haben durch Abgabe weißer Stimmzettel gahrscheinlich bewiesen, daß sie keine Veranlassung haben, den von den Bündlern präferierten Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Je zufriedener die sozialdemokratische, demokratische und selbst die fortschrittliche Presse mit dem Ausgang der Stichwahl ist, umso maßloser benehmen sich in ihrer Entrüstung die blauschwarzen Bloßorgane. Allen voran zeichnet sich die „Schles. Ztg.“ durch die bekannten Vorkämpfe aus, die mit ihrem zunehmenden Alter immer komischer wirken. Diesmal eröffnet die „Schlesische Zeitung“ ihre Ansprache mit den Worten:

„Genossen“ und Genossen.

Die „Genossen“ in Anführungszeichen sind — wir dürfen hier wohl einmal das schöne Wort bekanntlich gebrauchen — die Sozialdemokraten, die sich untereinander mit diesem Titel bezeichnen, so wie einst in Revolutionszeiten zu demselben Zwecke das Wort „Bürger“ zur allgemeinen Gleichmacheri gehalten wurde. Die Genossen ohne Anführungszeichen sind die Herrschaften, die sich der Sozialdemokratie als freie-willige Helfer zur Verfügung gestellt haben, die Demokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen. Der Wahl in Uedom-Wollin ist jetzt die in Friedberg-Büdungen gefolgt, dort ist ein zuletzt freisinnig vertretener, hier ein aller nationalliberaler Wähler in die Hände der Sozialdemokratie gelangt, und „Freude war in Troja's Hallen“, bei den „Genossen“ schwoll wie bei den Genossen. Vielleicht haben wir noch mehr solche Erfolge der gegenwärtigen Verlebung weiter Volkstreue zu erwarten, die wie eine Insektionskrankheit sich verbreitet hat. Wäre Fortschrittler hoffen ja auch darauf, daß uns die nächsten Reichstagswahlen 80 oder 100 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete bringen werden, ganz „sozialistische“ Schwärmer träumen sogar von 120 oder 150 solcher Vertrauensmänner des deutschen Volkes. Das das Zentrum wesentlich zurückgehen werde, das ist einat dieselben Herren freilich selber nicht zu glauben. Aber der angedachte schwarz-blau Bloß liegt dann in Sachsen, Sozialdemokratie und Zentrum regieren Deutschland, und es wird eine Lust zu leben sein — für jeden echten Liberalen. Und da um wird schon jetzt eifrig gearbeitet, geschicht, geht, damit das Feld vorbereitet werde für die glänzende Zukunft dieses Reichstages, in dessen Händen die soeben erwähnte Beratung über die neuen Handelsverträge liegen wird.

Diese fast halbholozisch zu nennende Gelfestsetzung, die unsere nationalliberalen Parteien eröffnen hat, ist eine so schwere, Gefahr für unser Vaterland, daß gar nicht eindringlich genug auf sie hingewiesen werden kann.

Es muß dafür gewacht werden, daß noch rechtzeitig die Reaktion eintritt gegen das leichtsinnige Spiel mit unserer politischen Würde, noch mehr, mit der Grundlage unseres politischen Seins. Es nutzt nichts, immer und ewig dem alten Bloß nachzutrueren, als ob er uns allein selig machen könnte. Der blauschwarze Bloß war ein interessantes Experiment, und er hat vieles Gute gewirkt, aber daß er kein bleibendes Werk sein konnte, das erkennen man jetzt erst recht deutlich. Die Nationalliberalen haben die förmlich befreit ausgeatmet, als sie den lästigen Zwang, mit Konterpartien zusammen am Tische sitzen und sich mit ihnen in überhöflicher Höflichkeit vertrauen zu müssen, abschütteln und sich wieder ganz ihren Naturtrieben hingeben konnten. So sind sie mit ungemeiner Vehementheit die Genossen der „Genossen“ geworden, und man merkt es ihnen an, um wieviel wohler sie sich dabei fühlen, als in der unbehaglichen Gesellschaft der Rechtsparteien.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schuldigt ohne viel Federlesn die Nationalliberalen der Helfershelferschaft gegenüber der Sozialdemokratie an:

Rechnet man, wie billig, auch nur 500 von den Mehrstimmen der Stichwahl zum Dr. v. Helmolt zu, so hat sich immerhin gezeigt, daß die Uedom-Wollinatur einen festen und sicheren Boden im Friedberger Kreise hat; mit erschreckender Deutlichkeit aber ist zugleich erwiesen, daß von den Wählern des Herrn von Caller trotz ihrer nur noch geringfügigen freisinnigen Beimischung jedenfalls mehr als 40 v. V. für den Sozialdemokraten gestimmt haben!

Das ist ein tiefbedauerliches Zeichen für das Maß von Haß und Verlebung, das in weiten Kreisen des Bürgerturns durch die maßlose, unwahrschaltige Hege gegen die rechtsstehenden Parteien erzeugt worden ist! Die anerkanntswerte nationalliberale Stichwahlparole hat das Schiff nicht mehr ganz herumreisen können: Die Feger haben Wind geföhrt, und die Sozialdemokratie hat die volle Wille in ihre Segel bekommen!

Das eine also geht unumwiderrlich aus dem Ausfall der Friedberger Wahl hervor: auch die Nationalliberalen haben ihre Wähler nicht mehr sicher in der Hand, wenn es gilt, die Gemeinbürgerschaft gegen die Sozialdemokratie zu wahren!

Ueber die Haltung des Freisinn schließlich ist ja kaum noch ein Wort zu verlieren. Während er in Uedom-Wollin mit einem Rest von bürgerlichem Schamgefühl sich um eine klare grundsätzliche Entscheidung herumdrückte, hat er in Friedberg-Büdungen mit offener Parole das Bürgerturn verraten und ist mit fliegenden Fahnen ins rote Lager übergegangen; zum größten Teil schon bei der Hauptwahl, obwohl doch Herr v. Caller hier für einen Freisinnigen gelten konnte als für einen Nationalliberalen — wenigstens alten Schlags. Und will fast scheinen, als habe der Freisinn in Friedberg-Büdungen das Maß seiner antinationalen Sünden schon überfüll gemacht!

Mit einer letzten Zweifel ausschließenden Deutlichkeit hat das Friedberger Wahlergebnis bestätigt, daß der Jungliberalismus in weiserer Voraussicht die Folgen des wiederholten politischen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie in einer verhängnis-

vollen Abchwächung des bürgerlichen Solidaritäts- und damit zugleich des nationalen Staatsgebauens sich zu äußern beginnen! An dieser unheilvollen Entwicklung liegt es, daß der Wahlkreis von Driola und des Herrn v. Driola jetzt schmählich an die Sozialdemokratie verloren ging.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fühlt also sehr deutlich, woher der Wind weht und ihre Angst wäre nicht unberechtigt, wenn sich der bürgerliche Widerstand von Friedberg-Büdungen ständig wiederholen würde.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ versucht es noch einmal mit väterlicher Ermahnung der Freisinnigen. Es wird ihnen nahegelegt,

„daß von den Wählern, die man so unbesonnen dem Radikalismus zuföhrt, ein beträchtlicher Teil den Weg nicht so gleich wieder zurückfindet. Während auf diese Weise die freisinnigen Stimmen abdröckeln, böhrt die Partei zugleich durch solche unheilvollen Beweise ihrer höchst unabhängigen Festsetzung das Vertrauen der übrigen bürgerlichen Parteien ein. Ballert doch belange jedes fortschrittliche Reichstagsmandat auf einem Stichwahlergebnis; es wird kaum jemals erstritten, sondern pflegt nur zertrümmert zu werden.“

Etwas einstätiger zeigt sich schon „Der Reichsboze“, er sagt: „Vorher war die Volkshimmung der konservativen Partei sehr günstig unter dem Eindruck der segensreichen Wirkungen der konservativen Politik des Schutzes der nationalen Arbeit. Hätte man die Finanzreform nach den Vorschlägen der Regierung gemacht, so würde dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung nicht eingetreten sein.“ Noch deutlicher werden die „Deutschen Nachrichten“, das Berliner Beamtenblatt, das zu dem Wahlergebnis schreibt: „Die Erfolge der Sozialdemokratie stehen im ursächlichen Zusammenhang mit dem Uebermaß an Druck, Rücksichtslosigkeit und innerer Berserkerei, das uns die unumschränkte Herrschaft der schwarz-blauen von neuem gebracht hat.“ Und die „Nationalzeitung“ bricht schließlich in den Stohleufzug aus: „Wie oft sollen sich die Niederlagen wiederholen, bis man endlich zur Erkenntnis gelangt, daß ein Systemwechsel eine absolute Notwendigkeit ist.“

Also den Nationalliberalen wird so unheimlich wie den Agrariern — das ist zu beachten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages

besteht jetzt aus folgenden 49 Mitgliedern:

- Albrecht, Bebel, Binder, Böhle, Bömelburg, Brey, Brühne, Busold, Dr. David, Dieß, Eichhorn, Emmel, H. Fischer, Dr. Frank, Frohme, Ad. Ged, Geyer, Heine, Hengsbach, Hilbrand, Hoch, Horn, Hüb, Huber, Kaden, Kunert, Runge, Leber, Ledebour, Legien, Geshmann, Wegger, Wollensburger, Noke, Sachs, Scheidemann, Schmidt, Schöppflin, Schwarz, Severing, Singer, Stadthagen, Stolle, Stücklen, Dr. Südekum, Ulrich, v. Vollmar, Zietich, Zubeil.

Davon sind seit der letzten allgemeinen Wahl vom

Januar 1907 neu eingetreten: Binder für den verstorbenen Genossen Ehrhart in Ludwigshafen, Speyer, Wollensburger für Nuer in Gaudau-Merane, Schöppflin für Goldstein in Volkau-Grimmitschau, Huber für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Schellhorn in Neustadt-Landau, Kunert für den freisinnigen Schmidt (Halle) in Uedom-Wollin, Leber für den freisinnigen Delbrück in Uedom-Wollin, Leber für den antisemitischen Schad in Eisenach, Zietich für den nationalliberalen Quarl in Raburg und schließlich Busold für den nationalliberalen Grafen v. Driola in Friedberg-Büdungen.

Wir haben bei den Nachwahlen unsere drei Siege, die wir zu verteidigen hatten, behauptet und haben sechs Siege hinzugewonnen, so daß die Zahl unserer Abgeordneten von 43 auf 49 gestiegen ist. Mit ziemlich sicher dürften wir von den zurzeit noch erledigten Mandaten in Gannstatt-Ludwigsburg, Schopau-Marienburg und Frankfurt-Lebus noch diesen oder jenen erobern.

Politische Ueberblick.

Ein polnischer „Nationalrat“.

Die Vorgänge bei der letzten Posener Reichstags-Verhandlung die schließlich zur Gründung der polnischen Demokratischen Volkspartei und zur Wahl des „Arbeiter“-Kandidaten Nowicki führten, sind den „Führern“ des polnischen Volkes, den Massen und Schicksalstücken arg in die Glieder gefahren. Mit allen Mitteln versuchen sie, einer Wiederholung dieser Vorgänge zu begegnen und das allmähliche Erwachen des polnischen Volkes zu verhindern. Eines dieser Mittel ist die Gründung des polnischen Nationalrates. Vor einiger Zeit schon wurde in der polnischen Presse berichtet, daß das Zentralwahlkomitee der Polen in Deutschen Kreise in einer Sitzung diese Gründung beschloßen und sich selbst als diesen Nationalrat eingeföhrt habe, dessen Anordnungen und Entscheidungen in allen politischen Angelegenheiten das polnische Volk für unumstößlich habe. Näheres wurde jedoch nicht mitgeteilt. Jetzt vertritt nicht nur der neu gegründete Nationalrat in der polnischen Presse eine Rundgebung, in der diese Absicht bestätigt wird und in der es unter anderem heißt:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Polen eine politische Organisation nicht besitzen, die Kraft ihres Amtes das polnische Volk, als die Vertreterin des gesamten polnischen Volkes, betrachten, daß ferner die Bildung einer solchen Organisation gegenwärtig den größten Schwierigkeiten begegnen würde, und da der Mangel eines solchen Organisations auf die allgemeinen politischen Verhältnisse der Polen in

antifemilische Konstitution des polnischen Senatskomitees sich selbst als eine Organisation, die, aus allgemeinen Wahlen hervorgehend, und gemäß § 1 des Statuts das gesamte polnische Volk im weitesten Maße umfassen, die Berechtigung haben soll, im gegebenen Augenblicke die nötige politische Aktion einzuleiten. Das Komitee beabsichtigt durchaus nicht, die Rechte der polnischen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu beschneiden oder die Selbstständigkeit der polnischen Fraktion zu beeinträchtigen; es will vielmehr nur, wo es nötig erscheinen sollte, bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten grundlegende Beschlüsse fassen, die für das gesamte Polen als Richtschnur dienen sollen. (1) Über allen Parteien stehend, werde das Komitee darüber wachen, daß die Polen nicht in Zerstückelung sondern mit vereinten Kräften für ihre heiligsten Rechte auf legale Weise eintreten. Wählerversammlungen dürfen nur von dem legalen Wahlkomitee einberufen werden. (1) ...

Die Sache ist natürlich überaus wichtig; sie hat mit den einen Seiten: wenn die Polen „Gesetzlosen“, gegen die sich die ganze Aktion hauptsächlich richtet, und die schon auf die Entscheidungen und Erhebungen des Provinzial-Wahlkomitees pfeifen, nun auch auf die Anordnungen des Nationalrats pfeifen werden, was dann? Das Organ der Demokraten, der „Kurier“, läßt bereits Sturm gegen den „Nationalrat“. Er meint höhnlich, die Gründung des Nationalrats und dessen Rundschreibung sei „ein Staatsverbrechen, eine unrechtliche Sache, mit der man sich nur lächerlich mache“. Natürlich bedeutet auch diese Maßnahme weiter gar nichts, als einen weiteren Verlust der Tragfähigkeit unter den Polen, das polnische Volk, so wie bisher, auch weiterhin am Fingergelände zu führen und jede selbständige Regierung desselben im Keime zu erdrücken. Die Taten seiner Führer, seiner Erwählten, bringen jedoch immer weiter sein Volk, und alle Mächte, Partei- und Nationalratgründungen, werden auf die Dauer nicht verhindern können, daß auch dem polnischen Volke endlich die Augen aufgehen.

Kürzlingen kann Besserung nicht durch eine polnisch-demokratische Exekution, sondern nur durch Anschluß an die Sozialdemokratie erreicht werden. Denn ob Herr v. Kadzinski zur Zivilisierungspolitik ja sagt, oder Herr Korsakow die Sitzung verbummelt, ist Sache wie Gose, und in beiden Fällen ist das polnische Volk um seine Stimme gebracht worden. Sicherheit bietet für den Ausdruck seiner Meinung nur die sozialdemokratische Fraktion.

Ein liberaler Musterkandidat. Die Auffstellung des Archivrats Dr. Winter-Magdeburg zum liberalen Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl in Frankfurt a. O. ist nach den Versicherungen der fortschrittlichen Presse eine sehr glückliche Lösung der Kandidatenfrage. Die Auffstellung erfolgte einstimmig in einer gemeinsamen Sitzung nationalliberaler und fortschrittlicher Vertrauensmänner. Dr. Winter soll natürlich auch, was neuerdings von allen liberalen Mitgliedskandidaten behauptet wird, „auf dem linken Flügel der nationalliberalen Partei“ stehen und deshalb der Unterstützung aller Fortschrittlichen gewiß sein dürfen.

Schon im Jahre 1907 produzierte sich Herr Winter als liberaler Sammelkandidat in Eisenach-Dornbach, wo er die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen auf sich vereinigte, trotzdem aber nicht in die Stichwahl kam. Damals waren auf den jetzigen Vertreter des Kreises, den Genossen Leber, 7875 Stimmen gefallen, auf den berechtigten Antifemilisten Schach 6985, die Liberalen mit 6089 Stimmen gaben den Ausschlag. Da war es der liberale Sammelkandidat, der „auf dem linken Flügel der nationalliberalen Partei“ stehende Dr. Winter, der die Parole für den Antifemilisten ausgab und damit dem Reichstag zu einer Herde vom Range des Herrn Schach verhalf. Etwa dreitausend liberale Wähler gingen unter Winters Führung in das antifemilische Lager über, während eine viel kleinere Zahl, der die antifemilische Parole denn doch nicht paßte, für den Sozialdemokraten stimmte.

Soweit wäre die Geschichte nun nicht außergewöhnlich, denn was Herr Winter getan hat, täten ja so ziemlich alle liberal-freisinnigen Kandidaten, die in die gleiche Lage gerieten, so z. B. neulich erst wieder der Justizrat Herrndörfer in Uedem-Wollin. Die Sache hat aber noch eine recht anerkennende Seite, denn Herr Dr. Winter war zur Zeit, als

er die antifemilische Propaganda ausgab — Vorstandsmitglied des Vereins zur Bekämpfung des Antifemilismus usw. Damals war der vielgewandte Herr vor die Entscheidung gestellt, ob er seine Begeisterung für Herrn Schach dämpfen, oder aus dem Vorstand des Vereins austreten sollte. Herr Winter entschied sich für Schach und wurde daraufhin veranlaßt, aus dem Vorstand des genannten Vereins „freiwillig“ auszuscheiden. Heute aber ist derselbe Herr Winter liberaler Musterkandidat für Frankfurt a. O., Leber, für den sich in bebauerlicher Personalkenntnis sogar das „Verl. Tageblatt“ begeistert.

Ueber die Taktik des Freisinn hat sich kürzlich der ehemalige süddeutsche „Demokrat“, jetzige fortschrittliche Volksparteiler v. Payer, ausgesprochen, der bekanntlich während der Blockperiode zu den diesjährigen Gesellen des deutschen Liberalismus gehörte. Diesmal führte er aus:

„Vor allem wurde es darauf ankommen, die jetzige Reichstagsmehrheit zu schwächen oder zu beseitigen. Das sei die Parole für die jetzigen politischen Zeitläufe, und diese Parole müsse maßgebend sein. Zentrum und Konservative haben die Macht und sie sind Manns genug, diese Macht auch auszuüben. Es ist viel wichtiger, mit dieser Macht aufzuräumen, als darüber sich Sorgen zu machen, ob nicht zu viel Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. Je leichter die fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen sich verständigen, desto besser wird es für die Sache des Liberalismus im ganzen sein. Die Sozialdemokratie wird ja schließlich wie bisher ihre eigenen Wege gehen, namentlich und für diese Partei gibt es nichts anderes, als ihre Stimmen zu zählen. Auf Sanktionen von dieser Seite haben wir nicht zu rechnen. Die Nationalliberalen brauchen die Unterstützung der fortschrittlichen Volkspartei genau so, wie die Volkspartei die Unterstützung der Nationalliberalen braucht. Der Kurs geht für uns auch hier nicht nach rechts. — Auf den Ministerwechsel in Preußen paßt das Wort: „Es kommt selten etwas Besseres aus!“ Zur nächsten Reichstagswahl bleibe nichts anderes übrig, als daß man hinsichtlich der Reichspolitik den Gang der Dinge abwartet. Weismann-Hollweg sei angesichts der jetzigen Mehrheit außerstande, eine Politik zu machen, die dieser Mehrheit nicht paßt. Die Entscheidung müsse fallen bei den nächsten Reichstagswahlen. Dafür sei zu arbeiten, daß die jetzige schwarz-blaue Reichstagsmehrheit zertrümmert werde.“

Die starkbesuchte Versammlung, die den Ausführungen Payers schon während des Vortrages lebhaften Beifall gezollt hatte, spendete am Schluß dem Redner langandauernden, stürmischen Beifall. Ob der Freisinn dauernd nach dieser Parole handeln wird, scheint nach allem Vorhergegangenen sehr fraglich. Es soll uns aber freuen, wenn es der Fall ist.

Die verkannten Nationalliberalen. Die nationalliberale Partei-Korrespondenz hatte kürzlich einen Artikel zum Ministerwechsel in Preußen gebracht, der allgemein als eine Abfrage an Bethmann-Hollweg aufgestellt wurde. In der Besprechung dieser nationalliberalen Parteifundgebung war auch vielfach von einer Linksabweichung der Nationalliberalen die Rede und die „Germania“ hatte von einem „Linksabmarsch der ganzen nationalliberalen Herzesäule“ gesprochen, die beachtlich sei, weil der Reichstagslangler Realpolitik treiben wolle. Gegen diese „Verächtigung“ wehrt sich nun in der neuesten Nummer die nationalliberale Korrespondenz, sie schreibt:

„Wenn das ultramontane Organ an diese seine Behauptung selbst glaubt und es sich nicht nur um eine seiner bekannten perfiden Unterstellungen handeln sollte, so sei ihm zur Veranschaulichung verraten, daß ein solcher Linksabmarsch weder jemals stattgefunden hat, noch für die Zukunft geplant ist. Die Partei wird genau auf der mittleren Linie, auf ihrem alten Standpunkt der Gleichberechtigung der nationalen Parteien verharren und sich nach links wie nach rechts ihrer Part mit derselben Entschiedenheit wehren, wie bisher. Allerdings hat sich ihr Verhältnis zur Regierung infolgedessen verschoben, als der Herr Reichstagslangler, des langen Schwankens müde, nach rechts abmarschiert und sein Regiment auf jene einseitige Konstellation aufzubauen entschlossen ist, welche eine Gleichberechtigung der nationalen Parteien nicht kennt. Daraus aber auf einen Linksabmarsch der Nationalliberalen zu schließen, bedeutet doch wohl eine nicht ganz abfällige Verurteilung der tatsächlichen Vorgänge.“

Es bleibt dabei: wir marschieren weder links noch rechts, sondern drehen uns weiter wie die Windfahne.

Freisinnige und Bivilliste. Gegen die Hohenzollern-Erbfolge von 8 1/2 Millionen regt es sich wie bei den Polen nun auch bei den Fortschrittlichen, wenigstens in Süddeutschland. Am Tagelager berichtete der „Neue Abbotte“: „Bei der am letzten Sonntag stattgehabten Monatsversammlung des Vereins freigesinniger junger Männer im „Waldborn“ wurden die neuesten politischen Ereignisse lebhaft zur Debatte gezogen. Es handelte sich zunächst um die Erziehung der Bivillisten des Reichs von Preußen. Die Stellungnahme der Fortschrittlichen von Volkspartei im preussischen Landtag zu dieser Frage wurde scharf getabelt. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß die völkerverfehlende Landtagsfraktion die Lösung dieser Frage hätte ruhig dem schwarz-blauen Block überlassen können. Die Versammlung glaubt, daß durch diese Stellungnahme die Volkspartei im Wahlkreis Uedem-Wollin einen schweren Verlust erlitten hat.“

Wie späßliche Rechtsprechung. Die Berufungskammer des Bochumer Landgerichts hatte vor etwa 14 Tagen in einer Sache die Ansicht vertreten, daß das Hochrufen bei Wahlrechtsdemonstrationen nicht strafbar sei, weil darin weder grober Unfug, noch ruhestörender Lärm zu erblicken wäre. Der Angeklagte wurde deshalb auch freigesprochen. — Am Donnerstag hatte dieselbe Kammer unter dem gleichen Vorzeichen über drei gleich liegende Fälle zu urteilen. Und siehe, sie kam in jedem Falle zu einer Verurteilung. Das Gericht war jetzt der Meinung, daß zwar das Hochrufen eines Einzelnen noch keinen ruhestörenden Lärm darstelle, wohl aber das gewollte gleichzeitige Rufen mehrerer Personen. Der Hinweis eines Angeklagten, daß auch das Kammergericht seine Auffassung über die Straflosigkeit des Hochrufens teile, wurde vom Vorsitzenden mit überlegenem Lachen und mit der Bemerkung abgelehnt: „Das müssen Sie uns erst einmal zeigen.“ Aber auch in der Verurteilung des Hochrufens machte das Gericht einen Unterschied. Während in zwei Fällen auf eine Strafe von 8 Mk. erkannt wurde, ließ es das Gericht in einem Falle bei einer Mark sein Verdict haben, weil der Angeklagte ein harmloser Mensch sei.

Nun werde einer gelehrt, was in Deutschland erlaubt und was verboten ist.

Der Helfeld-Prozess. Der Hauptmann a. D. Helfeld hatte im russisch-japanischen Kriege Waffenerwerbungen für Rußland übernommen und war zuletzt mit dem russischen Fiskus über die Bezahlung in Differenzen geraten. Er klagte vor dem Gericht in Rautschau und erhielt ein obliegenendes Urteil. In Berlin ließ er daraufhin bei dem Bankhaus Mendelssohn russische Gelder, die dort in Höhe von 4 1/2 Millionen Mark deponiert waren, Pfänden. Der Staatssekretär des Außen v. Schön erhob aber den Kompetenzeinwand und am Sonnabend hatte sich der Kompetenzgerichtshof mit der Helfeldschen Klage zu befassen. Das gestellte Urteil lautet: Der Gerichtshof hat für Recht erkannt, daß die Zwangsvollstreckung an den russischen Depositen beim Bankhaus Mendelssohn unzulässig und daher der vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhobene Kompetenzkonflikt für begründet zu erachten ist. Der Pfändungsbefehl des Berliner Landgerichts ist aufzuheben. — Wir liegen ja zu Rußlands Pfänden und werden uns so etwas nicht erlauben.

Beschlagnahme der „Jukunft“. Wegen eines Artikels auf der Feder Maximilian Harbens, der sich eingehend mit dem Altköniglichen Offiziersdrama, insbesondere mit der Psyche der Frau von Schönebeck-Weder, wie auch mit der Persönlichkeit des ermordeten Majors v. Schönebeck befaßt, ist die neueste Nummer der „Jukunft“ auf Anordnung des königlichen Staatsanwalts beim Landgericht in Berlin vorläufig mit Beschlag belegt worden. Ueber die näheren Gründe, die den Anlaß zu dieser gesetzlich zulässigen vorläufigen „Inverwahrnehmung“ der Zeitschrift gegeben haben, ist Bestimmtes noch nicht bekannt; sie soll jedoch, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, auf eine gewisse „Derbheit“ der Mittelschulbildung zurückzuführen sein. In gewissen Wendungen will man auch eine Verleumdung des Offizierskorps erblicken.

Anarchistenprozess. Der Geheimbundsprozess gegen die sogenannten Anarchisten Erich Mühsam und Genossen, der dieser Tage in München geführt wurde, endete mit Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Zwei wurden, einer zu fünf, einer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie gelegentlich der Feiern-Demonstration das Wappen von der spanischen Volkshilfe in München abgerissen hatten.

Ein Mandatsüber. Der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli-Boisdam-Obhaveland ist mandatsmäßig; er will bei der nächsten Reichstagswahl nicht mehr kandidieren. In etwa vierzehn Tagen soll eine Vertrauensmännerversammlung der Konservativen im Kreise stattfinden, die sich mit der Kandidatenfrage beschäftigen wird.

Der Kreis des Abgeordneten Pauli gehört zu denen, die von der Sozialdemokratie arg bedrängt werden und bei den nächsten allgemeinen Wahlen jedenfalls unserer Partei zufallen. Kandidat ist bisher Genosse Liebnecht gewesen.

Eine neue Januskauz. In einem Nest Gohlfeldhausen hielt kürzlich im Hund der Landwirte Herr v. Oldenburg-Janusch, das ehemalige Schreyenskind der Konservativen, eine Rede, in der er bellend meinte, „der nächste Reichstag werde uns viele Sozialdemokraten bringen; wir werden noch Ueberraschungen

Roland von Berlin.

Roman von Willibald Klegis (B. Garing.)

„Und auf der Treppe ganz unten, wohin Herr Johannes ihn geleitet, hub er auch zu dem bedenklichen den Fingern, und ärgerte: „Wohin soll's führen, Gewalter? Der Sohn flüchtet nicht bis auf Sankt Nikolaus Kirchhof; aber er scharf sie an.“ Der Bürgermeister wiegte zwerfentlich den Kopf in der Hand: „Dafür laß ich die Elsbeth sorgen; sie ist des Johannes Tochter, aber so er demal ein eheliche Bürgerliche die Stadt sprechen soll. Ich war sein Vormund.“ Und so sah er auch aus, als er wieder oben in der Stube dem Leiden der beiden zuschaute. Sie redeten sich, wie sie als Kinder getan, und Elsbeth zog den Jungen auf, daß er gar nicht müde werde, von den schönen Frauen zu sprechen, die er am Hofe gesehen: „Vater, ich sage dir, sie haben's dem Heuning in Spanbau angetan. Kein Mädchen in der Stadt kommt ihm mehr schön für, und er ist verliebt in ein Mädchen.“ „Weißt du was, nicht, in welche von beiden.“ „So er von der Eva Holentorf spricht, wird sein Gesicht rot, aber nicht er die Adelheid Pfuel, da Mißt es auf, und er kann nicht Worte finden, wie schon sie ist. Bitte dich, Heuning, so es die Mädchen in der Stadt erfahren!“

„Herr Johannes legte die Hand auf Hennigs Schulter: „Gut, Edelstein, was Türliges redest du dem Burtschen nach! Der Heuning ist ein kluger Junge, hat Antworten auf die Fragen des Burtschen gegeben, als es sich schied, und ihm und uns Ehr brachte. Und ist so vernünftig, daß er nicht über seinen Stand hinausgeht. Nicht wahr, Heuning, du weißt, daß ich dich und gleich ich schick, und wer nach den Sternen schaut, da ist er nicht.“ Der Lohes Maul, verrede mir meinen Hennig, nicht, was du wieder gute Freunde. Er ist kein Tot, in sein Gedächtnis verleiht. Was sollte ein Fräulein in sein Haus? Da braucht er andere Arme, die zur Wirtschaft sein und zu schaffen, bestellen er brauchen — Staatsgeschäfte treibt. Der Heuning ist kein Freund, der weiß, was er in der Hand hat. Darum müßten wir ihn nicht halten, hörst du, Elsbeth; er kann ein gut Wort für uns einlegen, der Heuning.“ Das war Spott, aber ein freundlicher, und wie Herr Johannes sprach, belegte es den Burtschen nicht; zumal als er sah, daß die Hand schüttelte und sprach: „Nun ach, ich will dich nicht, und nicht Late weiß ich was Gutes für dich.“

„Ich bin noch Bürgermeister, und wenn dann noch dein Herz danach steht — nun, für heut' genug. Komme nächstens wieder — frag' morgen wieder an. Wer weiß.“

„Ich sag' doch“, sprach Heuning, „s gibst nur einen Hans Rathenow!“ Und er brühte kräftig die Hand wieder, und dann herzlich Elsbeths Hand und ein Bild dabei so treuerhaft, daß man dem Jungen gut sein konnte, und dann nicht er noch der Ruhme Gertraud, und rannete die Treppe hinunter, nicht wie einer, der vom Kurfürsten gestanden, und so kug ihm geantwortet, daß es dem ganzen Hofe gestel, sondern wie der tolle Heuning, den jeder kannte. Wenn an der Treppe schrie er noch hinauf: „Komme morgen wieder.“

Die Jungfer Elsbeth sah vor sich auf die Dielen und auf das Feuer, das da spielte: „Vater! Kann der Fürst einen, dem er gut ist, zum Ehemann machen?“ „Es war unwillkürlich gesprochen; aber als de de sich an sahen, waren doch beide betroffen. Elsbeth ward hochrot, oder war's nur der Widerschein vom Feuer? Aber der Vater war fast erschrocken von dem Gedanken; und ein Gedanke rief den anderen auf. „Elsbeth!“ rief er und schloß eine Weile. „Es ist jeder, wozu er geboren ward, und ist nicht mehr und nicht minder. Der Fürst ist Fürst. Kann ich ein Fürst werden?“

„Aber sie sagen doch, die Schumanns waren vor alters auch nur Bierbrauer.“ „Das ist nicht an uns zu urteilen, was die Väter unserer Väter geurteilt haben. Die haben sie aufgenommen als Geschlechter in die Stadt, und sie zu Ratmannen geführt, und das sind sie. An uns ist's nicht zu entscheiden, ob die Väter recht getan, nur darauf haben wir zu sehen, daß wir recht tun.“ Und darauf führt er sie an die Wand, wo die Stammtafel hing seiner Familie, ein langer, großer Baum; ach mit noch zwei Schilde, daran kein Kreuz bezeichnet war und ein oövit und Jahr und Tag dazu. Und mit Stolz zeigte er ihr die Männer, die sich herbeigekam, und einen Namen gemacht in der Geschichte der Stadt, seinen Vater Rathhaus, der den märkischen Städtebund gestiftet, den Gertraud, der Bürgermeister war unter dem großen Balbemar, als Köln und Berlin durch sein Werk und seine kluge Liebe beim Markgrafen die Hände ver schlangen und eine Stadt wurden. Auch dem Rathhaus, unter dessen Heuning, wie die Urkunden sagen, die feinerne Mauer erbaut wurde um das alte Berlin. Auch den alten Dietrich, einen Mann von Eisen, auf des Schulters Albrecht der Für seinen Arm legte, da er müde ward in der Schlacht vom Nieder meyer, und sprach zu ihm: Du sollst mein Pfeiler sein, und ich will dein Schild sein. Der sag, ein freier Mann, in dem Ort, so hat die Stadt Rathenow ist, und so er wieder unter dich.“

den Otlos in das alte Berlin, wo er ein Bürger ward. Die Tafel führte bis zurück in die sächsischen Wälder, und waren die Rathenows, auch ehe sie den Namen führten von dem wendischen Orte, freie Männer gewesen, Herren über Land und Leute und gewaltig in den Schlachten, und hold und treu ihren Herzogen, aber nicht untertänig.

„Gedanke deiner Väter“, sprach er, „und daß du ein Freulein bist, so frei und gut als eine in diesen Wärdern. Umter Geschlecht geht aus, aber es soll mit Ehren ausgehn.“ „Und zweifelt zu daran, Vater!“ sprach die Jungfrau; und der stolze Bild, mit dem sie ihn ruhig und fest ansah, schenkte mit einem Male die Wollen fort, die sich auf seiner Stirn gelagert.

„Ich zweifle nicht, mein Kind.“

„Ich bin eine Rathenow, und will's nicht vergessen. Doch auf was hast du dem Heuning Hoffnung gemacht?“

„Was an mir ist, und ich bringe durch, so soll er das Föhnlein tragen der Stadt. Er verbleibt es.“

Da nun der gute Herr Johannes Rathenow zu seinem Fenster hinausguckte, falteten sich seine Hände, wie ein frommer Mann hat, wenn er allein ist, und sann nach über, was ihm begegnet im Leben, was Gott ihm geschickt und genommen, und wie sich alles so wunderbarlich getroffen. Da war's ihm, als ob eine ungeheure Last auf seiner Brust ruhe, schwerer und größer als Sankt Nikolaus' Rinde, die schwarz vor ihm lag in die Wollen türmte. Aber wie's so racht innerlich in ihm betete, da wuchs auch der Roland vor ihm in den Himmel, mit dem Schild und Schwert und dem ungefallenen, feinternen Angewand. „Was ist das, das ist nicht ist; da oben, groß, war's seine Engel.“ „Hannes, was willst du bei dem? Ich bin das Recht, ich dein Heilige, zu dem du beten magst. Die andern hören's nicht.“ — Zu dem feinternen Quarengeheft konnte er nicht beten. Er drückte die Augen fest zu: — „O Herr und Helfend, der du um unserer Sünden willen gestorben bist, schenke das Selbst, das mir den Weg zum Throne deines Vaters vertritt, um der Herrlichkeit willen deines heiligen Apostels Nikolaus!“ — Da schrumpfte der feinterne Mann sichtlich zusammen, und ta Johannes die Augen aufschlag, war er so klein dem vorhin, und es rauschte — und er entsloh in das dunkle Gehelein. Herr Johannes schlug ein Kreuz vor der Brust, und er atmete tief auf — er hatte es gegeben, deutlich, einen Eid konnte er ablegen, ob doch der Roland ihn wieder, als vorhin, doch stand, ruhig und klein, aber es war nicht als tote Steinbild, das ihn umgab.

erleben". In dieser Prognose fügte er gleich hinzu: Nur durch eine Mobilkultur sei noch zu helfen.
Mit dieser "Mobilkultur" kann nur der Haub des Reichstages-wahrscheinlich gemeint sein. Der kaiserliche Junker scheint dabei nicht daran zu denken, daß das Profiteurial mit einer noch viel gründlicheren Mobilkultur antworten würde.

Anreizung zu Gewalttätigkeiten. Nunmehr ist doch die Anlage gegen Verossen Umbreit den Geschäftsführer der "Vor-munder Arbeiterzeitung", auf Grund des § 180 St.-G.-B. wegen Verstellung und Verbreitung des Lieberbuchs für Massengefang er-hoben worden. Unter Anlage gestellt sind die Lieber: Der Sozial-istenmarsch, das Bundeslied, die Internationale und die Arbeits-männer. Die Anlage hebt hervor, daß wegen des Bundesliedes und "Die Arbeitsmänner" schon Verurteilungen erfolgt sind. Das ist schon ziemlich lange her. Seit Jahrzehnten sind die Lieber überall unbeanstandet gesungen worden. Der Verhandlungstermin ist noch nicht festgesetzt.

Von dem Fortgange des Breslauer Prozesses über den Druck des Liebes "Wer schafft das Gold zu Tage" haben wir bisher nichts gehört.

Für die Reichstagswahl in Fischbau-Marienberg ist der "F. W." zufolge die Kandidatenliste nunmehr folgendermaßen endgiltig festgestellt: Von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Bunde der Landwirte ist Kommerzienrat Schmidt aufgestellt, von den Antisemiten Kaufmann Fritzsche, von den Freisinnigen Kaufmann Koch und von den Sozialdemokraten Genosse Gähre.

Ausland

Demonstration für die Zollfreiheit. In Aulstig fanden große Demonstrationen für die Zollfreiheit der Elbbrücke statt. Ueber 15.000 Arbeiter ergangen sich, trotzdem die Gendarmen mit gefülltem Bajonett vorging, freien Uebergang, wobei ein Arbeiter durch Bajonettschläge verletzt wurde. Der Brückenzoll wurde von der Regierung aufgehoben.

Gemeines Wahlrecht und demokratische Entwicklung. Telegramm aus Budapest meldet, wurde der ungarische Reichstag vom König in der Wiener Königsburg mit einer Thron-rede eröffnet, in der es heißt:

Unser väterliches, um das Schicksal unserer Völker besorgtes Herz erfüllt es mit Verdrüssung, wenn wir das Ergebnis der jüngsten Wahlen betrachten. Wir erblicken darin die Gewähr einer friedlichen Fortentwicklung und allgemeinen Er-stärkung unseres geliebten Ungarns. Die erste Aufgabe der Regierung wird es sein, behufs Wiederherstellung des gesunden Zustandes auf dem Gebiete des Staatshaushaltes entsprechende Vorlagen zu unterbreiten.

Die Thronrede betont dann als dringende Notwendigkeit die Regelung der Bankangelegenheit. Sodann heißt es:

Die dringende und unaufschiebbare Aufgabe ist die Neuregelung des Wahlrechts. Die Regierung wird auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einen Gehörpunkt unterbreiten, der bei voller Wahrung des einheitlichen nationalen Charakters des ungarischen Staates den Ansprüchen der demo-kratischen Entwicklung entsprechen wird.

Weiter sagt die Thronrede, daß die Entwicklung der Wehr-macht erforderlich sei.

Die wichtigste Stelle der Thronrede ist der Hinweis auf die in Aussicht stehende Wahlreform, die den Ansprüchen der demokratischen Entwicklung entsprechen soll. Offenlich sind die Wahlrechtsreformen jetzt endlich fast genau, diese Forderung durchzuführen.

Die Abschaffung der Titulaturen in Dänemark. Der scheidende Ministerpräsident Rabbe hat die letzten Wochen seiner Tätigkeit als Justizminister dazu benutzt, den dänischen Hof- und Ranglistil von gewissen sonstigen Ueberbleibeln zu reinigen. In erster Reihe hat er den König dazu veranlaßt, ein für allemal die veralteten höfischen Titulaturen, die der König bisher im Schriftverkehr mit seinen Untertanen, Ernennungsdekretten und anderen ähnlichen offiziellen Urkunden benutzte, aufzugeben. Es war bisher feststehender Brauch, daß die Personen, die Hofrang hatten, und die Wäcker vom König offiziell als "von uns geliebter Herr So und so" tituliert wurden. Personen, die zwar keinen "Hofrang" hatten, wohl aber Inhaber des Danebrogordens waren, hatten An-wpruch auf die Titulatur "Herr". Andere Sterbliche wurden nur mittels ihres Namens und ihrer etwaigen Lebensstellung, ohne den Ruf "Herr" bezeichnet. Gestern hat nun auf König's Veranlassung der König beschloffen, die genannten Titel "Geliebter" und "Herr" abzuschaffen; alle dänischen Bürger sollen, ob im Hofrang oder nicht, ob beloriet oder nicht beloriet, fortan einfach mit Namen und Lebensstellung vom König angeredet werden.

Gleichzeitig hat der König einen weiteren Vorschlag gutgeheißen, der eine Modernisierung des Ranglistils einleitet und gewisse sprachliche Ungeheuerlichkeiten, die aus dem Mittelalter stammen und von gewöhnlichen Sterblichen nicht mehr verstanden wurden, aus den Ministerialakten entfernt.

Diese kleine Reform, die dem radikalen Ministerpräsidenten zu verdanken ist, wird von allen Parteien mit Freude begrüßt.

Die Lage auf Kreta. Wie das "Neuersche Bureau" er-fährt, als gebessert angegeben werden, da die Kreter bereit seien, den Italienern eine gemeinsame Note an Kreta unterhandeln, Folge zu leisten. In der Note werde die Forderung aufrecht erhalten, die mohammedanischen Deputierten ohne Eidesleistung auf den König der Hellenen zur Nationalversammlung zuzulassen, jedoch würden die Rechte des Sultan's von neuem bestätigt. Die Mächte seien sich über den Inhalt der Note vollständig einig, die gegenwärtigen Unter-handlungen bezögen sich lediglich auf die Fassung der Note. Ueber die Einlenkung von weiteren Kriegsschiffen in die kretischen Ge-wässer vor Eröffnung der Nationalversammlung sei unter den vier Schutzmächten ebenfalls eine Einigung erzielt worden.

Während diese Verhandlung eine friedliche Lösung der Kretasrage erhoffen läßt, nimmt die Spannung zwischen Türken und Griechen nach wie vor zu, da die Türken bei ihrem Boykott beharren. Ein Telegramm aus Konstantinopel meldet nämlich: Der Boykott gegen die Griechen wird auf das strengste gehandhabt. Mehrere gelehrte Kanakleute wurden gezwungen, ihre Läden zu schließen. Das Boykott-komitee beabsichtigt, den Boykott bis zu einer definitiven, für die Türkei günstigen Lösung der kretischen Frage fortzusetzen. Zahlreiche Wechsel griechischer Kanakleute wurden nicht eingelöst. Die Behörden haben sogar die Ausweisung derjenigen Lehrer der griechischen Schulen beschloffen, die arische Untertanen sind.

Gelehrliche Truppenzusammenschauungen. Das kretische Kriegsministerium gab Befehl, die Wäckergerwebe und die Wäcker in allen Armeekorps bereitzustellen. Auf der Pforte be-rühmt, daß die Regierung in einer neuen Note die Aufmerksamkeit der Mächte auf die arischen Klagen lenken will, deren Folgen Griechenland zu tragen habe.

Der Kampf der Merikalen in Spanien. Die Merikale Campaigne, von der wir in der Sonntagnummer einige Proben gaben, dauert fort. Der Kardinal-Erzbischof Aquino gibt in einem Briefe den Damen der Herz-Jesu-Kongregation den Rat, Schlag, in allen Städten und Ortschaften einen Kreuzzug zu organi-sieren, um die Mönche zu verteidigen, die jetzt hart bedrängt werden und die beste Stütze der Kirchen sind. Es werden zahlreiche Meri-kale Meetings veranstaltet, speziell in Barcelona, wo ein Komitee dauernd tagt. Das Komitee für soziale Verteidigung ist gestern in Madrid zusammengesetzt und beschloß, alle Mittel anzuwenden, um die Politik Canalsota zu erschüttern. Bei dieser Gelegenheit ist erklärt worden, daß alle Katholiken Spaniens von Vizeger-treue der offiziellen Einführung der weltlichen Schulen vorgehört werden.

John Miltons für die italienische Luftflotte. Die italienische Kammer bewilligte mit 223 gegen 24 Stimmen zehn Millionen für Luftballons und Aeroplane. Kriegsminister Spinaardi sagte: "Es wäre seltsam, wenn wir, die wir das Problem der Luft-schiffahrt gewissermaßen vor allen anderen Nationen lösen, die letzten wären, Luftballons in der Armee einzuführen."

Eine Protestversammlung in Belgien gegen eine Aus-lieferung. Die Liga der Menschenrechte in Brüssel hat kürzlich ein Meeting veranstaltet, das einem Protest gegen die "Erordnung Finnlands" wie gegen die von der russischen Regierung angeforderte Auslieferung des Revolutionärs Galgas galt. An dem Meeting beteiligten sich außer bekannten Liberalen und demokratischen Parla-mentariern auch der neugewählte sozialistische Deputierte Guy-mans und der Gemeinderat Genosse Bind. In der Resolution wurde der belgische Justizminister aufgefordert, im Namen der Ehre des Landes das Begehren der russischen Regierung nach Auslieferung Galgas' entsprechend der von der belgischen Regierung in früheren Fällen eingenommenen Haltung abzulehnen.

Politische Hausdurchsuchung und Verhaftung. Der Peter-burger Vertreter des Wiener Korrespondenzbureaus, Baron Unger-Steruberger, ist nach einer von der Polizei vorgenommenen Hausdurchsuchung verhaftet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Albert. — Redaktion und Expedition: Neue Spangenbergstr. 7. — Verlag von Eduard Schöck. — Druck von Th. Schöck, G. m. b. H. — Druck in Breslau. — Blatt 2. — Dienstag 9. Juli 1906.



E. Breslauer

Ring, Albrechtsstr. u. Schmiedebrücke-Ecke.

Räumungs-Ausverkauf

bis Sonnabend, den 9. Juli

zu unerreich billigen, streng festen Preisen.

Preisermässigungen bis **40%**

Für Reise und Ferienbedarf besonders empfehlenswert.

Costumes in Tuch, Kammgarn, hellen Fantasiestoffen.	Reise-Mäntel in Leinen, Bast, Alpaca und englischem Geschmack.	Golfjacken in allen modernen Farben.
Costumes in Bast, Leinen, in weiss, écaru und anderen Farben.	Sport- u. Promenaden-Röcke in engl. Stoffen, Tuch, Chéviot, Seide, Bast, Leinen, Alpaca.	Paletots und Umhänge in Tüll, Seide und anderen Stoffen.
Costumes für Backfische einfarbig und gemustert.	Costumes, Mäntel und Capes aus Lodenstoff.	Kinder-Confection.

Französische Kleider und Blusen denkbar grösste Auswahl nur modernster Fassons und Stoffarten.

Peiz-Confection zu Sommerpreisen.

Sämtliche Original-Modelle werden nunmehr fast für die Hälfte des Preises abgegeben.

Kimonos in allen Stoffarten.

Erstklassige Verarbeitung.

Die früheren und die Ausverkaufs-Preise sind auf den Etiquettes vermerkt.

Unerreichte Auswahl vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.

NACHRUH!
Ein starker Tod riss unseren treuen Verbandskollegen,
den Arbeiter **Theodor Kowalsky**
im blühenden Alter von 32 Jahren aus unseren Reihen.
Seine Andenken wird in Ehren halten
Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Breslau.

Heute Dienstag 2ter Tag
Sommer-Ausverkaufs.

Nur 5 Tage!

Schauspielhaus
Montag, 8 Uhr
„Kater Lampe“.
Dienstag, 8 Uhr
„Die Journalisten“.
Gastspiele
Marla Mayer.
29. Juni und 1. Juli, 8 Uhr:
„Die Gioconda“.
30. Juni und 3. Juli, 8 Uhr:
„Die rote Robe“.
2. und 5. Juli, 8 Uhr:
„Monna Vanna“.

Viktoria-Theater
Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Revue in 6 Bildern mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Sommer-Theater
(Lieblichs Etablissement).
„Taifun“
Japanisch-Sensations-Schauspiel
in 4 Akten von Melchior Lengyel.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Grosses Konzert.

Palmengarten.
Dir. H. Krolsch.
Innen dazu gepachteten
Garten
Frei-Konzert.

Zeltgarten
Dir. H. Krolsch.
Künstler-Vorstellung
im
Garten.
Entree
10 Pfg.

„Scala“
Sommertheater, Nikolaistr. 27.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
**Krone
und
Fessel.**
3257

Hervorragende Kaufgelegenheiten:

Zurückgelehnte oder unansehnlich gewordene **Taschen, Herren- und Kinderwäsche, Bade-Anzüge** für Damen und Mädchen.
Einzelne und fehlerhafte **Tischtücher, Servietten, Handtücher, Wirtschaftswäsche** weit unter Preis.
Weiße und bunte **Wäsche, Zulets, Unterbetten, Betttücher**, in bewährten Qualitäten, sehr wohlfeil.
Metallbettstellen für Erwachsene u. Kinder **10 Prozent** auf die bekannt niedrigen Katalogpreise.
Taschentücher mit kleinen Webereiern in besten reinleinenen Qualitäten.
Weiße und bunte **Wirtschafts-Schürzen, Damen-, Reform- und Kleider-Schürzen, Kinder-Schürzen** und **Schul-Schürzen**.
Seltene Kaufgelegenheiten.

Blusen, Jupons, Morgenröcke, Malinées, Kinder-Waschkleidchen, **20 bis 40 Proz.** unter Preis.

Leinenhaus Bielschowsky
Breslau, Nikolaistr. 75/76, Ecke der Herrenstr.

Rechnungsabschluss
der Handwerker-Ortskrankenkasse für das Jahr 1909.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Kassenbestand aus 1908	113,24 M.	für ärztliche Behandlung	3140,85 M.
Zinsen	337,98	Arznei und Heilmittel	1671,88
Eintragsgelber	70,30	Krankengelder:	
Beiträge	17942,30	an Mitglieder	4383,86 M.
Erfolgeleistungen für gewählte Krankenunterstützung	145,44	„ Angehörige	58,60
Erfolgeleistungen von Vermögensgegenständen	9,80	Wochenbettunterstützungen	36,00
Sparfassen-Einlagen	9840,50	Sterbegelder	349,00
Sonstige Einnahmen	28,20	Krankenhauseinlagen	2022,62
		Erfolgeleistungen für gewählte Krankenunterstützung	553,85
		Zurückgezahlte Beiträge	139,63
		Sparfassen-Einlagen und Zuführung zum Reservefonds	13840,50
		Verwaltungskosten:	
		dem Magistrat	1523,09 M.
		städtische	475,63
		Sonstige Ausgaben	243,58
Summe der Einnahmen	28687,56 M.	Summe der Ausgaben	28439,34 M.

Abchluss:
Die Einnahme beträgt 28687,56 M. 3262
Die Ausgabe beträgt 28439,34 „
Dabei Kassenbestand am Jahreschlusse 248,22 M.

Vermögensnachweis:
a)barer Kassenbestand ultimo 1909 248,22 M.
b) Sparfassen-Einlagen 19004,59 „
c) Gesamtvermögen der Kasse ultimo 1909 20152,81 M.
d) Hierin entfallen auf den Reservefonds 19004,59 „
e) Mitin Betriebsfonds 248,22 M.

Waldenburg, den 25. Juni 1910.
Der Vorstand: G. Mysliski.

Unser diesjähriger
Grosser Saison-Ausverkauf
in
Herren-, Knaben-, Mädchen- und Baby-Garderobe
beginnt **Dienstag, den 28. Juni**
und bietet enorme Vorteile.
Preise ganz bedeutend herabgesetzt. 3258

Chorinsky & Jacobsohn
Reuschestrasse 60/61.

Flugplatz Wilhelmruh
(Endstation der Elektrischen Straßenbahn Gräbchen-Schettinig).
Bei günstiger Witterung täglich mehrere Aufstiege des
Lenkballons Parseval
Vormittags 6-10 Uhr. — Nachmittags 5-9 Uhr.
Besichtigung der Halle von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.
Interessante Aufstiege und Landungsmanöver.
Passagierfahrten.
Heute Nachmittag von 4 1/2 Uhr an **Konzert.**
Österreichische Flug-Industrie G. m. b. H.
In freien Stunden, Sest 10 Pfg.

Tätige **Sofen-Heberlein** auf Ge-
läufigen a. d. S. L. i. m. Branden-
burgerstrasse 30, Gartenhaus III. [3260]

Konsumverein für Pienitz und Umgegend
G. G. m. b. H.
Mit dem 30. Juni schließt das 6. Geschäftsjahr. Die Mitglieder werden
hiermit aufgefordert, ihre **Dividendenhefte** und **Marken**, sowie die Mitglieds-
bücher (ohne Beifügung der Legitimationskarte) vom 1. bis 7. Juli in ver-
schlossenen Kuverts, welche in den einzelnen Lagerschächeln sind, in den Geschäfts-
stellen abzuliefern. Später eingehende Dividendenhefte und **Marken**
werden nicht berücksichtigt.
Gegen vorzunehmender Inventur bleibt das [3263]
Sager I Donnerstag, den 30. Juni.
Sager II Freitag, den 1. Juli, vormittags.
Sager III Freitag, den 1. Juli, nachmittags
geschlossen. Die Mitglieder werden ersucht, dies bei ihren Einkäufen
berücksichtigen zu wollen. Der Vorstand: M. Wehring.

Tücht. Zuschneider 3266
für Kartonsagenarbeit gesucht. Löhnen
unt. B. 100 c. b. Gravel. d. Volkswacht.

Achtung! Pfänder-Auktion.
Pfandleih-Institut, 2800
Matthiasstrasse 113, 1. Stg.
Verläng. nur bis 29. Juni 1910.


Feuerversicherung Neu!
sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn. Zusatz anderer Versicherung nicht nötig.
Ritterplatz 5, III. Gebührt in einschlägigen Geschäftsl. [3205]
Versandhaus „Germania“, Breslau 5

Bürsten
Besen, Kämme, Scheuertücher, Klopfer, Fuß-
matten, Seifen, Bohrerspanne, Guttaltn, Schwämme,
Hängematten etc. billigst bei
London & Co., Oderstr. 5, v. Ring.

Voranzeige!

Mein Saison-Räumungs-Verkauf
beginnt **Donnerstag, den 30. Juni.**

M. Zichauer, Spezialhaus für Damenputz 3258
Reuschestrasse 47/48, parterre u. 1. Etage.



Zur Lage im Baugewerbe.

Neue Differenzen im Baugewerbe.

Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Arbeitgeverbundes für das Baugewerbe hat an die Zentral-Vorstände des Maurer- und Zimmererverbandes, des baugewerblichen Hilfsarbeiterverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes ein Protestschreiben folgenden Inhalts gefandt:

Aus vielen Orten geht uns die Nachricht zu, daß entgegen den Entscheidungen des Schiedsgerichts in Dresden die Arbeit seitens der Arbeitnehmer nicht wieder aufgenommen worden ist. Vielfach sind die Arbeitswilligen abschüchtern und gewalttätig zurückgehalten worden. An verschiedenen Orten ist sogar der Streik verkündet. Wir ersuchen Sie, die Ihnen angehörenden Organisationen anzuweisen, den Entscheidungen des Schiedsgerichts sofort Folge zu leisten.

Der Bundesvorstand fordert seine Ortsverbände auf, Montag, den 27. d. M., Mittags 12 Uhr, telegraphisch zu berichten, ob in ihrem Vertragsgebiet die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen worden ist. Sollte sich aus dem Telegramm ergeben, daß das in den einzelnen Gebieten nicht der Fall ist, so wird zu Donnerstag, den 30. Juni, eine außerordentliche Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Halle a. S. einberufen, die weitere Maßnahmen zu beschließen haben wird.

Der letzte Satz im Zirkular ist übrigens eine offenbare Aufforderung zum Verstoß gegen den Dresdener Schiedsspruch. Denn nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen die örtlichen Verhandlungen beginnen und müssen diese bis spätestens den 15. Juli erledigt sein.

Von den lokalen Streitpunkten

liegen folgende Meldungen vor:

Leipzig. Die Maurer beschlossen Freitag Nacht nach nächtlicher außerordentlicher Versammlung mit 2182 gegen 428 Stimmen, vom Sonnabend ab auf allen Fronten die Arbeit ruhen zu lassen und an die Unternehmer die Forderung zu stellen, den Stundenlohn sofort auf 15 Pf. zu erhöhen.

Bremen. Die Maurer nahmen Freitag Stellung zum Schiedsspruch und beschlossen aus Gründen der Disziplin in den Schiedsspruch anzuerkennen. Als Bedingung wurde jedoch gestellt, daß ab 1. Oktober 1910, ab 1. April 1911 und ab 1. April 1912 der Lohn um je 2 1/2 Pf. erhöht werden soll.

Zwickau. Die Bauarbeiter haben beschlossen, nur unter der Bedingung die Arbeit aufzunehmen, wenn die Unternehmer bereit sind einen besseren Ausgleich in der Lohnfrage zu schaffen. Da die Unternehmer sich erst dann in Verhandlungen einlassen wollen, wenn die Arbeiter zu den Baustellen zurückkehren, wurde Freitag früh die Arbeit aufgenommen.

Die Bauarbeiter in Augsburg haben am Donnerstag und Freitag zu dem Schiedsspruch Stellung genommen. Während die Maurer trotz lebhafter Ungutwilligkeit mit der ungenügenden Lohnhöhe dem Schiedsspruch doch mit großer Mehrheit zustimmten, haben die Bauhilfsarbeiter den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt und beschlossen, nur bei sofortiger Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde die Arbeit wieder aufzunehmen.

In den Aussperrungsgebieten des Gaus Berlin einschließlich Köpenick ist die Arbeit überall aufgenommen worden. Es liegt aber in der Natur des Baubetriebes, daß nach nennenswerthlicher Pause die Arbeit nicht sofort im früheren Umfang begonnen werden kann.

Partei-Angelegenheiten.

Wenn man Prinzen das Arbeiten empfiehlt. Ein unverständliches Scharverfahren ist gegen den Redakteur der „Königsberger Volkszt.“, Genossen W a r a w a l d, eingeleitet worden. Raum war er von der Anklage der Volksbeleidigung freigesprochen worden, da hatte er auch schon wieder eine verantwortliche Vernehmung, weil er sich angeblich in einem Leitartikel vom 3. Juni „Gehaltserböhung für Wilhelm II.“ der Beleidigung der — Prinzen des kaiserlichen Hauses schuldig gemacht haben soll. In diesem Artikel war u. a. gesagt worden, daß die kaiserlichen Prinzen, wenn das Gehalt des Vaters für sie nicht mehr ansteige, ja arbeiten könnten. Sieht etwa die Staatsanwaltschaft im Empfinden der Arbeit eine Beleidigung? Und glaubt sie, dem Staate einen Dienst zu erweisen, wenn sie die das Volk so aufreizende Millionenzulage für Wilhelm II. in öffentlicher Gerichtsverhandlung auflösen läßt? Herr v. Helmreich-Sollner, der froh ist, daß er die Vorlage unter Dach und Fach hat, wird aber diesen Eifer der Königsberger Staatsanwaltschaft alles eher denn erbart sein!

Als Delegierte zum internationalen Sozialistenkongress wurden für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. durch Urabstimmung gewählt die Parteiführer D i t m a n n - P a n a u und H u b o l d t - F r a n k f u r t, ersterer mit 3961, letzterer mit 4472 Stimmen; für Gegenkandidaten erhielten 1263 mit 1189 Stimmen. Der Wahlkreis Hanau allein brachte mehr als die Hälfte aller Stimmen — 2850 — auf, und damit die Entscheidung; Frankfurt a. M. hatte form 1200, Wiesbaden 400 und Eschlag-Ningeln 1000 Stimmen.

In M a d e b u r g wurde Genosse P e l j a p e l mit 511 Stimmen zum Delegierten gewählt.

Arbeiterbewegung.

Der Friseurgehilfenverband hat sich auf seinem letzten Verbandstage ein neues Organisationsstatut gegeben, das vom 1. Juli ab wirksam wird. Dem Verbandsrat können nun sämtliche im Barbier-, Friseur- und Perückenmachergerwerbe, sowie in Haarbandlungen und Waschküchenarbeiten beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen beitreten. Für das erweiterte Organisationsgebiet kommen hauptsächlich Arbeiterinnen, Kleinfrauen und die in der Haarpräparation und Konfektion beschäftigten Werkstätten — und Seminarbeiterinnen in Frage.

Der Wochenbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 30 Pf. Die weiblichen Mitglieder haben auf die Unterstützungsgeldleistungen des Verbandes den gleichen Anspruch, wie die männlichen Mitglieder. Der Verband gewährt Rechtschutz, Reiseunterstützung, Erwerbslosenunterstützung, Gemahregelten-, Streik- und Hofadunterstützung; außerdem Erwerbgehalt nach dreijähriger Mitgliedschaft, das auch beim Ableben des Ehegatten eines Mitgliedes gezahlt wird. Für einzelne Branchen können besondere Sektionen gebildet werden, wenn mindestens 10 Mitglieder dafür vorhanden sind.

In der Hauptsache hat die Organisation jedoch nach wie vor mit den Gehilfen zu rechnen. Die organisierte Arbeiterkraft kann dem Verbandsrat, mehr noch den in Betracht kommenden Organisationsfähigen einen Dienst erweisen, wenn sie diese gelegentlich auf ihre Organisation aufmerksam macht.

Der Rückgang der Gelben. Wohl in seiner Stadt haben die Arbeiter den Verlorenheiten der Inflationen und ihrer Handlanger so zahle Folge geleistet, wie in Augsburg, dem Ausgangspunkt der gelben Bewegung. Hauptächlich waren es die Arbeiter der Maschinenfabrik Augsburg, die scharenweise ihre Organisation im Stiche ließen und dem von der Direktion gegründeten und von Unternahmergeld aufgetragenen gelben Werkverein beitraten. Über bald kam die Ernüchterung, beschleunigt durch rigorose Behandlung seitens der Parteiführer und kraft Lohnabzüge, die sich die werklos gemachten Arbeiter gefallen lassen mußten. Die Unzufriedenheit der Gelben wächst denn auch von Tag zu Tag, und hauptsächlich die Arbeiter der Maschinenfabrik Augsburg haben die gelbe Sklaverei bezichtigt. Ein Beweis von der Verdrossenheit der Arbeiter der gelben Sache gegenüber ist die Tatsache, daß es der Vorstandschäft des gelben Werkvereins nicht mehr möglich ist, Vertrauensmänner zu wählen, da die Leute absichtlich aus den gelben Versammlungen fern bleiben. Die Vertrauensmänner werden deshalb von der Vorstandschäft kurzerhand bestimmt, ohne daß die mit diesem „Ehrenamt“ Bedachten erst gefragt werden.

Wie es mit der gelben Bewegung in dieser ehemaligen gelben Hochburg bestellt ist, zeigt die Klage eines Vorstandsmittgliedes in einer dieser Tage stattgefundenen vertraulichen Sitzung. Er jammerte nämlich, daß von den etwa 2000 eingeschriebenen Mitgliedern des gelben Vereins kaum 600 Beiträge gezahlt haben! Die Schamigen sollen nun mittels Mahnbriefes an ihre Pflicht gemahnt werden.

Um die Arbeiter zu fördern, hat die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg seit Gründung des gelben Vereins etwa eine halbe

Million Mark gepopt — das Ergebnis dieser „Opferwilligkeit“ ist für die Protokollen wahrlich nicht erfreulich.

8. Verbandstag der Holzarbeiter.

R. r. München, den 21. Juni.

Die Debatte über die Geschäftsberichte wird fortgesetzt, und zwar abschließungsweise immer nur über bestimmte Fragen. Zunächst über Branchensektionen und Grenzstreckigkeiten. Die Redner besprechen ausführlich die Grenzstreckigkeiten.

Grenzstreckigkeiten

mit anderen Verbänden, besonders den Metallarbeitern und Fabrikarbeitern. Verlangt wird, daß der Vorstand in diesem Punkt die Rechte der Holzarbeiter mehr als bisher wahrnehmen soll. Die Holzgitarrenmacher und -Schleifer gehören nicht in den Metallarbeiter-, sondern in den Holzarbeiterverband. Ferner müsse verlangt werden, daß sämtliche Arbeiter in Maschinenfabriken sich dem Holzarbeiterverbande anschließen. Der Hauptvorstand solle mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes ein ernstes Wort reden. Auch gegenüber dem Fabrikarbeiterverband wird lebhaft Klage geführt, der versuche, Kollegen aufzunehmen, die in den Holzarbeiterverband gehörten.

Das Vorstandsmittglied P e p p e - B e r l i n betont, die Holzleger müßten besser auf dem Posten sein. Es sei falsch, die ungelerten Arbeiter dem Fabrikarbeiterverband zu überlassen. Der Holzarbeiter, ob gelernt oder ungelert, gehöre in den Holzarbeiterverband. Die Leute, die in der Metallindustrie mit der Metallverarbeitung beschäftigt sind, gehörten aber zu dem Metallarbeiterverband.

Rob. S c h m i d t - B e r l i n bedauert, daß die Grenzstreckigkeiten hier erörtert werden, bevor sie die Instanzen erledigt haben. Man könne doch nicht sagen, weil der Metallarbeiterverband in irgend einem Ort Differenzen heraufbeschwört, deswegen verlassen wir unseren früheren Standpunkt und nehmen auch auf, weil wir können. Wir müssen nicht nur unsere engen Berufsinteressen, sondern die Interessen der ganzen Gewerkschaftsbewegung im Auge haben.

Verbandsvorsitzender S e l f e r t bemerkt in seinem Schlußwort gegenüber Schmidt, den Delegierten müsse man die Gelegenheit schon lassen, ihrem Herzen Luft zu machen. Man dürfe aber den Metallarbeiterverband als Ganzes nicht für alles verantwortlich machen, was von einzelnen Funktionären getan werde. Der Vorstand wolle möglichst schnell und friedlich mit den anderen Verbänden zusammenarbeiten. Es wird dann über die

Waiselertage

ausgiebig diskutiert. Die Diskussion veranlaßte ein von L e o p o l d - B e r l i n gestellter und begründeter Antrag, daß durch die Vereinarbeitung zwischen Parteivorstand und General-Kommission die Unterstützung der Waiselergewerker nicht geändert wird, sondern wie bisher nach dem Beschluß des Abner Verbandstages erfolgt. (Nach diesem Beschluß wird Unterstützung vom Verband bei Maßregeln gewährt, wenn ein gewisser Prozentsatz der Beschäftigten sich für die Arbeiterbewegung erklärt.) Mehrere Redner wandten sich gegen diesen Antrag. Nach den Vereinbarungen dürften Unterstützungen aus der Zentralkasse nicht mehr gewährt werden. Man könne nicht entgegensetzte Beschließungen. Die einzelnen Abteilungen könnten ja die gemahregelten Kollegen aus lokalen Mitteln unterstützen.

W a n s c h m a n n - B e r l i n meinte, die Abmachungen zwischen General-Kommission und Partei bedeuteten eine Abwinklung der Waiselertage. Sie könnten in kleinen Orten garnicht gehalten werden. Es sei dort unmöglich, einen bezahligen Fonds zu schaffen. An der Waiselertage solle weiter festgehalten und auch die Konsequenzen getragen und die Ausgesprochenen unterstützt werden. Redner ersucht um Annahme des Antrages Berlin.

G l o d e - B e r l i n tritt ebenfalls für diesen ein, der keinen Gegenatz zu den Abmachungen schaffe. Die Unterstützung durch die Zentralkasse sei durch die Vereinbarungen nicht ausgeschlossen.

B e c k e r - B e r l i n, Vorstandsmittglied, behauptet die prinzipielle Seite der Frage. Es müsse einmal gesagt werden, daß die Kollegen im Lande von der Waiselertage nichts mehr wissen wollen. Wir haben Fälle erlebt, daß in Betrieben, wo die Freigabe des ersten Mai tariflich festgelegt ist, die Kollegen doch arbeiten. Dieses Jahr fiel der erste Mai auf einen Sonntag und da wurde selbst festgelegt, daß Kollegen auch an diesem Sonntage in die Fabrik gingen. Aus der Waiselertage ist nicht mehr das zu machen, was einzelne glauben. Der Internationale Kongress steht vor der Tür, da müssen wir unseren Delegierten mit auf den Weg geben, wie sie sich dort in der Waiselertage verhalten sollen. Am besten ist es, man verlegt die Waiselertage auf den ersten Sonntag im Mai. In der

Breslauer Sommertheater.

(Liebigs Establishment.)

„Taisun“, Japanisches Schauspiel von M e l c h o r B e n g e l.

Anstatt in Leitartikeln wird uns jetzt die „gelbe Ge-fahr“ von der Bühne aus geschildert. Ist doch der Glaube leider sehr verbreitet, daß die schuldigen Untergebenen des Mikado eifrig daran arbeiten, uns, dem alten Kontinent, die „Kultur“ abzugeben und uns dereinst mit unseren eigenen Mitteln niederzuwerfen. Der Verfasser des „Taisun“ geht noch darüber hinaus, obwohl das Problem auch schon zu einem Drama ausreichen würde. Er hebt nicht nur warnend den Finger: „Seht Euch vor, Ihr Europäer, die gelbe Gefahr ist Euch näher, als Ihr glaubt!“, sondern tröstet zugleich: „An der europäischen Luft geht wiederum der Japaner zu Grunde.“ Dr. Mikoto Loteramo, der bedeutendste der in Paris lebenden Japaner, der im Auftrage des Mikado eine geheime Mission zu erfüllen hat, geht aber nicht allein durch die europäische Luft zu Grunde, sondern eher noch an einer hübschen blonden Pariser Wespe, einer dämonischen Schlange, die Helene Baroche heißt, und den gelben Diplomaten nicht nur ebenso schamlos betrügt, wie Frau von Schönbeck-Weber in Wienstein ihren gutmütigen Erstlings, sondern auch quält, reizt, ausbeutet und verachtet. Zugleich will der Verfasser, der, obwohl Ungar, Leben und Treiben der gelben Rasse genau beobachtet zu haben scheint, uns zeigen, wie der Japaner in einem bestimmten Falle einen Taisun (Sturm) der Empfindungen, gemischt aus Ekel, Schmerz, Verrat, Lüge und diabolischer Bosheit, überwindet — oder nicht überwindet, wobei er nebenher die Gegensätze zwischen europäischer und asiatischer Weltanschauung zu illustrieren versucht. Und außerdem die japanische und die mitteleuropäische Weise, mit den eigenen Gefühlen umzugehen, drastisch einander gegenüberzustellen. Alles in allem: ein durchaus ernst zu nehmendes Werk, das weit über die sonstige Produktion unserer Tage hinausragt, bei dem man die tote ein-rotter Faden hindurchgehende Mahnung: „Völker Europas, wachret Eure heiligsten Güter!“ und den mit viel japanischem Kurra-patriotismus vermengten Kosmopolitismus gern mit in den Kauf nimmt. Dieser junge Ungar hat ein paar Töne auf seinem Instrumente, die im Ohre hängen bleiben und über den Abend hinaus klingen. Auch dann, wenn man der Meinung ist, daß das Problem: Wie verhält sich ein gebildeter Mongole, den eine innerlich aufstrebende Lebenskraft erfüllt, den letzten Konsequenzen einer Zeit gegenüber, die den gebildeten und von der Tradition der Sühneforderung erfüllten Kulturmenschen vernichten muß? nicht anaaralisch ist. Der Beweis, daß auch

einem hochgebildeten, ernsten und genialen Menschen die Leidenschaft mit der Gewalt eines Jähmons ergreifen und zum Mörder werden lassen kann, ist ihm dafür um so besser gelungen.

Der Titel des Stückes ist etwas fern abliegend. Nach einer nicht nur geographisch weit hergehenden Wendung im Schlusssatz („Ein Taisun hat bei Tokio wieder furchtbare Ver-wüstungen angerichtet“) scheint es, daß im Titel dies ausgedrückt werden sollte: Wie ein Taisun der äußeren Natur, wird auch jeder Taisun des Herzens von der fanatischen Pflichtergebenen Selbstherrschung der Japaner ohne dauernden Schaden über-standen.

Der Inhalt ist kurz folgender: Der gelehrte Doktor Loteramo, der begabteste in einem japanischen Kreis in Paris, der heimlich Zusammenkünfte abhält und dort „Heimatpolitik“ treibt, hat obenbesagtes unheimlich dämonisches Dämonen-gut begehrt. Trotzdem seine Freunde ihn davon zurückzuhalten versuchen, findet sie Gelegenheit, ihn zu ärgern, zu reizen, zu betrügen, ja ihn so toll zu beschimpfen, daß der sonst sehr ruhigen Sohn Japans die Wut des Taisuns packt, der die unauferstehliche Person mit dem berühmten Mikoto-Loteramo-Griff erwürgt und somit zum Schwelgen bringt. Nun aber — soweit hat das, außer dem „Griff“, nichts „Japanisches“ an sich — zeigt sich alsbald das uneuropäische Verhalten der Japaner. In Sachen des Vater-landes, ein Verhalten, das durch Japans Geschichte, Literatur und aus manchem Zug aus Japans Gegenwart rühmlich be-stätigt wird: Sie achten — die Russen haben es spüren müssen — das eigene Leben für nichts, wenn das wirtschaftliche oder ver-meintliche Wohl aller es erfordert. Im „Taisun“ ist die Sache nun mittelfist zu geschildert, daß höchst geheimnisvolle Forschungs-arbeiten des Dr. Loteramo sein Leben als unerforschlich erscheinen lassen. (Man könnte ja zwar die Spuren des Mordmordes ver-tuschen; das wäre das Nachfolgende. Aber das dürfen die anderen Japaner nicht, denn dann käme man um den aufstehen-den dritten Akt, der eine Schwurgerichtsverhandlung bringt.) So streifen sie sich um die Ehre und das Vergnügen, die Schuld auf sich zu nehmen und Loteramos Tat zu büßen. Nach langem Hin und Her erhält der Jüngste, dem bisher noch keine vaterländische Aufgabe zuteil ward, die Ehre, sich an Stelle des wahren Täters als den Schuldigen anzustellen und dem Gericht zu stellen. (Es scheint nämlich so, als kennen die Japaner keinen größeren Genuß, als den Sterbetod für's Vaterland.) Vor Gericht aber, als dieser Jüngste längt den Mord ein-gestanden, bereut Loteramo, gesteht, verlangt seine Verurteilung, um sein Gewissen zu beruhigen, das immerhin so viel euro-päische Kultur über ihn gewonnen hat, daß die Neue seinen Pflichtenüberwältigt. Aber man glaubt ihm nicht. Man nimmt vielmehr an, daß er seinen jungen Landsmann Ferous-

hauen wolle. Der Strafe wird zu sieben Jahren Gefängnis ver-urteilt, die er, die Brust voll Vaterlandsliebe, fröhlich auf sich nimmt. Nun wäre also Loteramo wieder frei zur Arbeit? O nein! Jetzt zeigt sich an ihm die Wucht der europäischen Kultur: Er wird von Gewissensnöten überwältigt, die so gar nichts Nützliches an sich haben; sein Herz bricht, teils durch die Erinnerung an die ermordete Wespe, Ge-er rasend geklebt, teils durch Ueberarbeitung und Selbstzer-störung. Wenige Minuten, nachdem er die geheimnisvolle Auf-gabe, die den Sieg des neuen Ostens über den alten Westen fördern soll, fertiggestellt, stirbt er in den Armen seines ehe-maligen Nebenbuhlers, nicht vor allem an seinem überpanneter Pflichtbewußtsein, nicht, weil er unserer Kultur ins Netz ge-gangen war.

Die Aufführung blieb am Sonnabend dem Stück mancher schuldig. Wohl hatte die Regie Max L a n d a s den Reiz des fremdartigen Stoffes, die Spannung und geschickte Mischung auf getroffen, hatte auch für erotische Stimmung gesorgt, aber als Darsteller gab er mehr von Affen, als der Autor verlangt und dem Liebhaber in Paris gut war. Es war die erste Rolle, die wir diesen sonst so trefflicheren Künstler festhalten sahen; trotzdem war seine Leistung mehr als die eines Virtuosen und geschickten Routiniers, stellentweise sogar hinreichend echt. Antonia T e h l a f f war als unförmige Helene so frisch, leblos und diabolisch, wie es Herr Bengel verlangt, nur überstrahlte sie fast im Dialog schlimmer denn je. Von den Japanern stelen das neben annehmlich auf Herr S. M. R o m e r als junger Mä-rther, Herr v. d. B e c k e als Toku Yoshitawa, Herr G e y n i t s c h als Dr. Heikwa Omaki; ferner Herr G e i m m in den tragikomischen Rolle des verdammenen japanisch-senimentalen Romanhristen Wintak, Herr F i s c h e r als oberflächlicher Gerichtspräsident und Fräulein I r e b a u als sanfte Tierche.

Das Stück wird an den Säulen sehr zu Unrecht als „Sensationsstück“ angeklagt: Es ist nämlich wert, daß man sich's ansieht.

Aus aller Welt.

Der Bombenanschlag in Friedberg. Der Bankräuber der sich nach dem Bombenanschlag auf das Rathaus und dem Heber-fall auf den Vorsteher der Reichsanstaltenstelle in Friedberg erschossen hat, ist durch den Berliner Erkennungsdienst als der am 24. September 1889 in Leipzig geborene R o z m i s D i t t o B i n g e s festgestellt worden. Binges wurde bereits im Mai 1909 als Bankräuber festgenommen und für den Erkennungsdienst gemessen. Der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. hat für die Anwesenheit eine Belohnung von 500 Mark angesetzt. Der

Unter...frage können wir nicht anderes, als die Vereinbarungen... und danach zu handeln.

Ein Schlußantrag wird zum dritten Male abgelehnt. Nob. Schmidt-Berlin, Vertreter der Generalkommission, betont, man habe sich bestehenden Verhältnissen des Internationalen Kongresses zu fügen.

In der vierten Nachmittagsstunde fand schließlich ein Antrag auf Schluß der Debatte ein. Zum Antrag Berlin war im Laufe der Debatte ein Amendement gestellt worden, wonach

Die Abstimmung ist namentlich, es wird über Antrag und Beschlüsse zusammen abgestimmt. Für den Antrag votieren nur 48, dagegen 118 Delegierte.

Zur Abstimmung gelangt dann folgender Antrag: Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes werden ersucht, auf dem Internationalen Kongress in Kopenhagen 1910 dahin zu wirken, die

An den Ausschussbericht — der Vertreter des Ausschusses erklärte, dem gedruckten Bericht nichts hinzuzufügen zu haben — schloß sich eine kleine Debatte, indem ein Beschwerdefall besprochen

Den Bericht der Redaktion

gibt Kaiser-Berlin, der einleitend die großen Verdienste des verstorbenen Redaktors Deinhardt um den Verband und speziell um die Holzarbeiterzeitung anerkennend in warmen Worten hervorhebt.

Der Bericht der Presskommission liegt gedruckt vor und wird nicht mehr ergänzt. Beschwerden irgendwelcher Art hätten nicht vorgelegt und aus der Mitte der Presskommission sei keine Kritik an der Verwaltung oder Redaktion der Zeitung geübt worden.

In der Debatte begründeten zunächst die einzelnen Delegierten die vorliegenden Anträge. Ein Antrag des Goulares in Leipzig verlangt rechtzeitige klare Stellungnahme zur Waise.

Die Verhandlungen werden verlagert.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Juni.

Zum Streik der Bauarbeiter.

Die am Sonnabend abgehaltene Hauptversammlung des Arbeitgeber-Bundes für das Maurer- und Zimmerer-

Chauffeur Bartenstein wurde in Raststätte im Hazy ermittelt und gibt an, daß ihm die Legitimationskarte gestohlen worden sei.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist der Komplize des Otto Witzes mit dem 1899 in Neus geborenen Willi Hoderick identisch. Die Ermittlungen der mit den Recherchen in der Friedberger

Das Urteil im Prozeß Hofrichter. Das Urteil gegen den Oberleutnant Hofrichter wurde Sonnabend Nachmittag nach 5 Uhr in Wien verkündet.

Durch Dabbling vergiftet. Die Frau eines Baumeisters aus Regal kam mit ihren beiden Kindern kürzlich Bitternussbrot gegessen. Aus dem Brot erkrankten die beiden Personen unter Vergiftungserscheinungen.

Nach der Katastrophe von Alleeberg. Der französische Justizminister Darricour hat erkrankt, daß der verhaftete Lokomotivführer Fehrer, dem die Schuld an der Katastrophe in Billerberg zugeschrieben wird, provisorisch in Freiheit gesetzt wurde.

Ein Eisenbahnwagen von ungewöhnlicher Größe ist von einem Ramin in Blantzen bei Karlsruhe, wo es fahrplanmäßig verkehrt, heruntergefallen. Die alten Eisenbahnwagen bei der Katastrophe, während die vier Jungen im herabfallenden Kest erschlagen wurden.

Gewerbe zu Breslau hat angeblich einstimmig beschlossen, unter allen Umständen an den Bestimmungen des Dresdener Schiedspruches festzuhalten und alle weiter gehenden Forderungen der Arbeitnehmer mit allem Nachdruck zurückzuweisen.

Schluß der Festwoche.

Sonntag Abend 11 Uhr wurde offiziell das Ende der Festwoche verkündet. Ohne Sang und Klang, Begeisterung ist keine Heringsware, sie läßt sich auch nicht 8 Tage einpäpeln, zumal wenn sie schon bei der Geburt so schwach war wie die, mit welcher vor einer Woche der Trudel eröffnet wurde.

Aber selbst die bürgerlichen Blätter, die im Vorjahre schmerzvolle Lobeshymnen auf die erste Festwoche sangen und sich von der diesmaligen wunder was versprochen hatten, entlocken ihrer Feder keine Freudenslänge mehr.

Es war eben nicht viel mehr, als eine große Vogelwiese, Kirmes, Kirchweih, ein Jahrmarkt, oder wie man es sonst nennt. Von den die Woche zierenden sportlichen und künstlerischen Veranstaltungen haben neunzig Prozent der Besucher der Festwoche nichts oder nur wenig gesehen, da sie ja in allen möglichen Gegenden der Stadt, nur nicht auf der Festwiese, abgehalten wurden.

Wenn Jupiter Pluvius ein gnädig Gesicht zeigt, wird das von den Sängern, Turnern und Radfahrer-Vereinen arrangierte Volksfest am 24. Juni im „Regen Keller“ recht imponant werden. Die Arrangements, die seit Wochen an den Vorbereitungen arbeiten, geben sich die größte Mühe, den Teilnehmern etwas Außerordentliches zu

Erstes Arbeiter-Volksfest.

Wenn Jupiter Pluvius ein gnädig Gesicht zeigt, wird das von den Sängern, Turnern und Radfahrer-Vereinen arrangierte Volksfest am 24. Juni im „Regen Keller“ recht imponant werden.

Ein Diebstahlsdelikt. In einem Restaurant in der Körnerstraße in Steglitz kam in der letzten Nacht gegen 1 Uhr ein junger Mann in Begleitung eines etwa 18-jährigen Mädchens.

Erdbeben in Algier. Freitag Nachmittag wurden in Algier im ganzen Westen des Departements heftige Erdbeben verspürt. In mehreren Städten entstanden Risse in den Häusern und die Möbel wurden vom Platz gerückt.

Der Blitz in der Signalstation der Maxime. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in die Signalstation der Maxime in Kiel ein, zerstörte die Signalmasten und warf alle Apparate um.

Ein Diebstahl von ungewöhnlicher Größe ist von einem Ramin in Blantzen bei Karlsruhe, wo es fahrplanmäßig verkehrt, heruntergefallen. Die alten Eisenbahnwagen bei der Katastrophe, während die vier Jungen im herabfallenden Kest erschlagen wurden.

Ein Eisenbahnwagen von ungewöhnlicher Größe ist von einem Ramin in Blantzen bei Karlsruhe, wo es fahrplanmäßig verkehrt, heruntergefallen. Die alten Eisenbahnwagen bei der Katastrophe, während die vier Jungen im herabfallenden Kest erschlagen wurden.

hieren. — Die Festauskünfte fielen am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine Sitzung ab, in der über alles das, was bisher geschehen, Bericht erstattet wurde. — Wie bereits bekannt, hat der Volkspräsident den Veranstaltern die Erlaubnis zu einem geschlossenen Umzug erteilt, jedoch unter gewissen Kautelen.

Selbstverständlich dürfen die Musikkapellen keine sozialistischen Weisen erklingen lassen, rote Schärpen und Embleme dürfen ebenfalls nicht getragen werden. Ueberhaupt muß alles entfernt werden, was nur irgend einen sozialdemokratischen Stempel trägt.

Das Festprogramm ist ein sehr reichhaltiges, es umfaßt sechs Theateraufführungen des Festzuges erfolgt um 1 Uhr Nachmittags, um 2 Uhr Abmarsch nach dem „Regen Keller“.

* Die Maurer und Zimmerer in Hundsfeld haben beschlossen, heute Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem ihnen von den Unternehmern folgende Zulagen bewilligt wurden: Sofort 3 Pf., 1911 2 Pf., 1912 1 Pf.

* Die Bäcker als Brotverkäufer? Folgende Anfrage an die freisinnigen Blätter bringt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Der Weizen kostete Juni 1909: 260,25, Juni 1910: 198,75, Roggen Juni 1909: 199, Juni 1910: 148,50. Die Landwirtschaft hat also ganz enorme Preisverluste, aber das deutsche Volk hat dadurch nicht den geringsten Vorteil gehabt, denn die Hauptnahrungsmittel, Brot und Fleisch, sind im Konsum nicht preiswerter oder besser geworden.“

Sehr gut! Aber die brotverkäufenden Junker haben kein Recht, alle Schuld auf die anderen zu schieben.

* Das Blatt des Pastors Nitsche zeigt auf neue seine eiserne Stirn. Am Mittwoch haite es behauptet, der „General-Anzeiger“ sei nach Frankfurt verkauft worden. Ja, es wußte schon „ganz genaue“ Einzelheiten über den Verkauf.

* Bestrafte „Herzensgüte.“ Pastor Nitsche hatte vor einiger Zeit einen jungen Mann für sein Kontor engagiert, nur, weil Pastor Seibt ihn empfahl. Jetzt hat er sehr böse Erfahrungen mit dem Pastorschilling machen und sich feinkelchen obenbrein vor dem Kaufmannsgericht verteidigen müssen.

* Versammlung in Ostaschin. Donnerstag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Volksversammlung in Ostaschin bei Gastwirt Müller statt. Tagesordnung: Für die Krone alles, für das Volk nichts! Referent: Stadtverordneter D. Schütz, Breslau.

* In Arlettern findet morgen, Dienstag, Abends 7 1/2 Uhr eine Gemeindevorstellung in der Schule statt. Leider interessieren sich die Einwohner für diese Sitzungen immer noch viel zu wenig.

* Von der Verhaftung eines internationalen Ganers, die auf Veranlassung der Rattowitzer Kriminalpolizei in Breslau erfolgt sein sollte, haben einige hiesige Zeitungen zu berichten gewußt. Die Meldung ist in der Form, wie sie gegeben wurde, unzutreffend; tatsächlich liegt folgender Sachverhalt vor: Auf die persönliche Anzeige eines Bendziner Kaufmanns bei der hiesigen Kriminalpolizei wurde ein hier eingetrossener russischer Staatsangehöriger namens Jakob Liechtenberg festgehalten, aber sofort wieder freigelassen, da Gründe zu seiner Festnahme nicht vorlagen.

* Durch ein Automobil überfahren wurde am Sonnabend auf der Tiergartenstraße, Ecke Pflaumenstraße, der Moskauer Bimpe von der Neuen Konzenienstraße. Er war von der elektrischen Straßenbahn abgestiegen und wollte über den Straßenbahnbaum laufen, als eine vorbeifahrende Automobil die ihn erfaßte, zu Boden warf und am Kopf schwer verletzte. Die Straßenbahn

Eine verfehlte Polizeiaktion.

Ein Stadtverordneter vor Gericht, weil er als solcher be-rechtigte Interessen wahrgenommen! Das ist das Neueste auf dem Gebiete der polizeilichen Haupt- und Staatsaktionen.

Der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Hans Marcwald, hatte sich am 23. dieses Monats vor der ersten Königsberger Strafkammer wegen einer Verleumdung zu verantworten, der er sich in der Stadtverordnetenversammlung am 8. März gegenüber der Polizeibehörde schuldig gemacht haben soll. Die „Königsberger Gart. Stg.“ berichtet darüber:

Infolge der Vorgänge, die sich während der Wahlrechts-demonstrationen im Februar in Königsberg abgespielt hatten, schloß die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverord-netenversammlung im Interesse der städtischen Bürger und der städtischen Finanzen zu beschließen:

„Der Magistrat wird ersucht, sich beim königlichen Polizei-präsidenten über das Verhalten der Polizei bei den hiesigen Wahl-sammlungen im Interesse der städtischen Bürger und der städtischen Finanzen zu beschweren.“

Zur Begründung der Interpellation nahm in vorgeschätzter Stunde Stadtverordneter Marcwald das Wort. In seiner Rede soll sich nun der Passus befinden haben: „Wenn die Polizei in so ungeschicklicher Weise die Würde der Stadt mit Füßen tritt.“ In dieser Wendung wird die Verleumdung der Polizeibehörde erblickt, die die Würde der Stadt bildet.

Der Angeklagte führte aus: Es sei hier vorgekommen, daß sich die Polizei bei Massenversammlungen bedauerlicher Miß-griffe schuldig gemacht habe. Den Höhepunkt hätte dies Ver-halten am 23. Februar dieses Jahres erreicht. Er habe sich für verpflichtet gefühlt, in Gemeinschaft mit einigen seiner Kol-legen in der Stadtverordnetenversammlung die Interpellation ein-zubringen. Die Angelegenheit ist erst gegen die Uhr Abends nach einer äußerst anstrengenden Sitzung zur Sprache gekommen. Unmittelbar nachdem er das Wort ergriffen hatte, habe ein o-hrenbetäubendes Getöse im Saal eingesetzt, so daß er kaum sein eigenes Wort habe verstehen können. Zwischenrufe wie „Un-verständlich“, „Maus“, „Guh“, „Guh“ seien erwidert. Er habe sich be-müht, ruhig und sachlich zu sprechen, weil es hier vorgekommen sei, daß Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten wegen ihrer scharfen Tonart abgelehnt worden seien. Auf den Wortlaut der Verleumdung könne er sich nicht besinnen. Er glaube jedoch nicht, daß sie so gelaufen habe, wie die Anklage anmimmt. Er könne die Verleumdung höchstens in dem Sinne gebraucht ha-ben: Wenn die Polizei in Zukunft die Würde der Stadt mit Füßen treten wird, werde die Voranstellung bedauern, nicht zur Zeit Beschwerde eingeleitet zu haben.

Oberbürgermeister Rörke erklärte, er sei der Meinung, daß der Angeklagte, der ein sehr temperamentsvoller Mensch sei, durch die Zwischenrufe in Erregung gebracht und sein Tempera-ment mit ihm durchgegangen sei. Ebenso äußerten sich die Zeugen Schlaß und Müller, die der Versammlung als Berichterstatter beigewohnt.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Haase führte aus: Nach dem Ergebnis der Vernehmung könne es keinen Zweifel unterliegen, daß der Angeklagte freigesprochen werden müsse. Der Oberbürgermeister habe ausgesagt, der Angeklagte habe sein leb-haftes Temperament gezeigt und sei erst durch die Zwischen-rufe aus der Versammlung in immer wachsende Erregung hin-geraten. Es gäbe in der Stadtverordnetenversammlung nur noch einen einzigen bereit temperamentsvollen Redner — und zwar wäre dies der Oberbürgermeister. Man müsse es dem Angeklagten hoch anzurechnen, daß er sein Temperament in dieser Weise gezeigt habe. Selbst die „Nationale Zeitung“, die die schärfste politische, und vielleicht auch persönliche Gegnerin des Angeklagten sei, habe das Verhalten der Stadtverordneten in dieser Versammlung einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Objektive Verleumdungen, wie sie in jeder Kritik liegen, müßten straflos bleiben, wenn sie eben zu einer Kritik verwendet wür-den. Außerdem sei es nicht erwiesen, daß die Verleumdung in der inkriminierten Form gefallen sei. Wenn dies geschehen wäre, hätte der Stadtverordneter dies gerügt. Der Angeklagte sei nicht darauf ausgegangen, die Polizei zu beleidigen. Es sei ein Ausbruch, der in allen Parlamenten der Welt gebräuchlich sei. Der Angeklagte sei davon überzeugt gewesen, daß die Poli-zei Ausschreitungen begangen habe. Er bitte, die Rechte des Parlamentarismus dem Stadtverordneter, der sich heftig nicht des Schutzes der Immunität erfreue, nicht zu verweigern und auf Freisprechung zu erkennen.

Der Angeklagte machte in seinem Schlusswort geltend, er sei durch die denkbar rohsten Zwischenrufe in die äußerste Erregung versetzt worden. Er habe nur seine Pflicht als Stadtverordneter erfüllt und die um seine Frei-sprechung.

Der Staatsanwalt führte aus: Der Schutz des § 193 stehe dem Angeklagten zwar zur Seite, jedoch gehe aus der Form der Verleumdung die Absicht der Verleumdung her-vor. Es handele sich um eine recht vollkommene Phrase, die geeignet sei, aufreizend und agitativerisch zu wirken, wenn sie auch nicht dazu bestimmt gewesen sei. Immerhin liege die Sache nicht so, daß man trotz der Vorurteile des Angeklagten auf eine Freiheitsstrafe erkennen müßte. Er beantrage 300 Mark Geldstrafe und Publikation.

Der Gerichtshof kam zu folgendem Urteil: Das Gericht sei zu der Überzeugung gelangt, daß die Verleumdung so ge-lautet hat, wie die Zeugen sie angegeben haben. Die Verleu-mung sei die positive Behauptung, die auf die Vergangenheit gerichtet gewesen sei. Objektiv sei diese Verleumdung geeignet, die Ehre der Polizeibehörde zu kränken. Dem Angeklagten stehe jedoch der Schutz des § 193 zur Seite, weil er seine Aussä-ßungen zur Unterstützung seines Antrages ge-macht habe. Zwar nehme der Gerichtshof an, daß er sich be-wußt gewesen sei, eine Verleumdung zu begehen, jedoch seien die Verleumdungen in Betracht gezogen worden. Er sei durch die Zwischenrufe in irrationeller Weise gestört worden. Daher hält es der Gerichtshof für möglich, daß ihm eine Entlassung in der Erregung unterlaufen ist. Somit stehe ihm der § 193 wirk-l. sam zur Seite. Daher ist seine Freisprechung erfolgt.

10. Generalversammlung des Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

Berlin 21. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung: „Debatte über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes“, beantragt N. i. e. y. Berlin, dem Vorstand Entlastung zu erteilen, das Wörter und Stoffe in besser Ordnung befunden seien. — Schrader, Mit-glied des Zentralvorstandes, gab einige Ratsschlüsse, wie die Lohnstatistik geführt werden müsse, um ein wirkliches Bild der Verhältnisse zu geben. Bei den kompliziertesten Lohnverhältnissen der Textilarbeiter sei eine gut geführte Lohnstatistik dringend notwendig. Man müsse für die verschiedenen Orte und Bezirke Vergleichsziffern bekommen, die sich auf eine Reihe von Jahren erstrecken; dadurch nur sei es möglich, Fortschritt oder Still-stand der Textilarbeiterläöhne nachzuweisen. Für die Durchfüh-rbarkeit der Lohnstatistik führt der Redner eine Reihe von Orten an, wo die Beteiligung an der Statistik 30 bis 50 Prozent der Mitglieder umfasse.

Tätigkeit des Vorstandes

wurden soll gar keine, wenigstens keine erheblichen, Ausstellun-gen gemacht. Differenzen zwischen Vorstand und Mitgliedschaften haben sich während der Berichtszeit nicht entsponnen, so daß die sonst üblichen Reibungsfragen fehlen. Von verschiedenen Rednern wurde betont, daß die diesmalige Krise den Verband noch nicht so beizimert habe, als es bei früheren Krisen der Fall gewesen sei. Ein Zeichen, daß der Organisationsgedanke fester wurzelt, geschlagen, die Mitglieder zu überzeugteren, zielbewußteren An-hängern geworden seien. — P. f. a. f. hebt wieder darauf hin, daß es nicht nur die Krisenwirkung zu überwinden galt, son-dern in den Ländern des Zentrums auch den Einfluß der christlichen Bewegung, die mit ihrer fortgesetzten Verleumdungs-tätigkeit bei Lohnbewegungen das Interesse an der Gewerkschafts-bewegung bei vielen Arbeitern vollständig abknüpft. — Im weiteren wurde ausgeführt, daß das Hauptziel wohl zu den bestredigtesten Organen in der Gewerkschaftspresse zu zählen sei und daß man nach Lage der Verhältnisse die Prekommission als eine überlebte und ziemlich überflüssige Institution betrachten könne, die ganz gut in Wegfall kommen könne. — Die meisten Redner behandelten Fragen der inneren Verwaltung, wodurch die Debatte einen überwiegend geschäftsmäßigen Charakter er-hielt. Fast alle Redner waren mit dem vom Vorstand vor-geschlagenen

Wegfall des Zentralarbeitsnachweises

und der Beschränkung auf lokale Arbeitsnachweise voll und ganz einverstanden. Er h. l. Berlin machte den Vorschlag, die Frage der örtlichen Nachweise auf einer Besonderen Kon-

ferenz zu behandeln. Ein Vorschlag von G. h. f. h. Berlin, die Lohnstatistik für alle Quartale nur jährlich einzufordern, fand keinen Anklang. Es wurde angeregt, quar-talweise oder jährlich in einer bestimmten Woche im ganzen Reich eine Stichprobe zu veranstalten. In der weiteren Debatte wurde betont, daß alle Vorschläge auf Änderung nicht geeignet sind, die Statistik ihren Zweck erfüllen zu lassen. Reichel, Chemnitz behauptete, daß die vierjährigliche Er-hebung, so wie sie bisher vorgeschrieben war, durchaus durch-führbar sei. Die einzelnen Orte dürften nur die Kosten nicht scheuen; es müßten bestimmte Personen mit den Hauptarbeiten betraut und wenn nötig, für ihre Mithilfeleistung entschädigt wer-den. — Von der Kollegin S. i. n. wurde die Einführung einer Frau-nende im Hauptamt bestritten — ein Vorschlag, der sofort auf Widerstand stieß. Es wurde weiter gefordert: Vereinfachung der Statistikartillerie gegen Unglücksfälle, eine ent-schiedene Bewegung für Einführung des Rehnfundentages in allen Textillorten Brandenburgs. S. i. t. i. g. Umbach regte eine stärkere Agitation unter den Heimarbeitern an. In der Monatsreue soll der „Textilarbeiter“ den Umbacher Straßhand-schubbezirk mehr berücksichtigen. Andere Redner erbitten eine Vertiefung der Bewegung und größere Erfolge, wenn der Vor-stand den Filialen mit mehr Agitationsmaterial zur Hand geben würde. Paul-Darmen wünschte eine allgemeine Förber-konferenz. Schagen-Krefeld warnte davor, von Verbands- wegen besondere Bildungsabende für Jugendliche zu veranstalten. Man solle nicht die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam zu treffenden Arrangements zerstückeln. Er bestritt die im we-lteren einen Antrag, die Druckaufträge des Verbandes, soweit als möglich, in Parteidruckereien herstellen zu lassen.

Internationaler Wettbewerb

Beschlossen wurde die Herausgabe eines internationalen Handbuchs und die Verbesserung der internatio-nalen Verträge. Ferner sind Vereinbarungen getroffen, in Bezug auf die Bedienung von Störgrößfäden und Aus-tausch von Statistiken. Die englischen Kollegen haben anlässlich des Todes des Königs Eduard einen hundertfältigen Nachruf in das internationale Blatt hineingebracht. Darauf hatte der deut-sche Vorstand das Blatt abgelehnt und Neubruck verlangt ohne Nachruf. Wenn auch mit den Engländern Band in Band ge-arbeitet werden muß, so verlangen die deutschen Kollegen doch, daß man ihre Überzeugung achtet. N. i. e. y. betont, daß der Vor-stand es für einen Fehler an der Überzeugung der Mitglieder gehalten habe, ihnen das Ding anzubieten. (Lebh. Beifall.) Durch Schlußantrag wurde die Debatte, nachdem 21 Redner gesprochen, beendet.

Es werden nunmehr folgende Beschlüsse gefaßt: Die Prekommission wird aufgelöst und ihre Befugnisse dem Verbandsauschuss übertragen.

Der Name des Verbandes wurde umgeändert in „Deutscher Textilarbeiterverband.“ Soweit als möglich ist, sollen die Druckaufträge des Verbandes in Parteidruckereien hergestellt wer-den. — Nachstehenden Anträgen wurde ebenfalls zugestimmt:

Die Gauen Thüringen und Vogtland sind geographisch ab-zuändern und nach Neueinteilung, wenn nötig, eine Statistik dem Gauleiter zur Seite zu stellen.

Die Lokalbeamten müssen auf den Gaukonferenzen mit be-ratender Stimme vertreten sein.

Zur Veranschaulichung überwiegen wurden folgende Anträge:

1. Das Verbandsvermögen, wenn möglich, bei der Aufstellung des Zentralverbandes deut-scher Konsumvereine zu disponieren.
2. Auf die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in allen brandenburgischen Textillorten in nächster Zeit besonders be-dacht zu sein.
3. Bildungsabende in den dazu in Bezirke eingeteilten Gauen zu veranstalten, worin neben den reinen Verbands- und Agitationsfragen sozial-politische und Entwicklungsfragen des Berufes behandelt werden.
4. Die Ortsverwaltungen zu beauftragen, Statistiken unter den Mitgliedern zu veranstalten über sonstige Vereinszugehörig-keit, welche Rettung außer dem Fachblatt gelesen wird, ob der Befragte Familie hat und ob diese Familienglieder ebenfalls in der Textilindustrie beschäftigt sind. Das Ergebnis dieser Um-frage soll zur Agitation Verwendung finden.

Dem Vorstand zur Erwägung überwiegen wurde ein An-trag, Epinnerkonferenzen für ganz Deutschland einzuberufen zwecks einheitlicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter den Spinnern.

Weitere Beschlüsse legten im Sinne der geführten Debatte die Richtlinien für den Ausbau der Lohnstatistik und der Arbeitsnachweise.

Nachdem dem Vorstande Decharge erteilt war, wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Passagierfahrten mit dem Luftschiff „Deutschland“.

Am 22. Juni hat das auf den Namen „Deutschland“ getaufte Luftschiff VII als erstes Passagierluftschiff die regelmäßigen Reisen begonnen. Die erste Fahrt unter Führung von Graf Zeppelin selbst ging von Friedrichshafen über Stuttgart, Mannheim, Köln nach Düsseldorf. Die zweite von dort nach Bochum. Das Luftschiff „Deutschland“ hat eine Länge von 148 Metern bei einer Durchmesser von 14 Metern und einem Rauminhalt von 19.000 Kubikmetern. Unterhalb des Luftschiffes sind die beiden Maschinengondeln und zwischen diesen die Passagierkabine eingebaut. In der vorderen Gondel ist ein Motor von 120 PS, sowie die ge-amen Steueräder, Ballast und Ventilzüge, da das Luftschiff stets von der vorderen Gondel aus gelenkt werden muß. In der hinteren Gondel sind zwei Motore von 100 PS. Alle Steuer- und mach-nellen Organe sind zwei- und mehrfach angeordnet, so daß eine außer-ordentliche Betriebsicherheit vorhanden ist. Die gesamten Maschinen entwickeln etwa 390 PS und geben dem Luftschiff eine Reisegeschwindigkeit von etwa 14 Stundenmetern, das sind rund 50 Kilometer in der Stunde und eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 16 Stundenmetern oder 57 Kilometer in der Stunde. Die Tragkraft des Luftschiffes beträgt rund insgesamt 20.000 Kilogramm in Meereshöhe, von der nach Abzug des Eigen-gewichts des Luftschiffes und seiner Motore eine nutzbare Tragkraft von 4-5000 Kilogramm bleibt. Zur Führung des Luftschiffes ge-hören: 1 Führer, 1 Fahrgangener, 2 Steuerleute, 4 oder 5 Motoren. Auch ein Luftschiffkellner wird in der Passagierkabine sein, um die Passagiere mit kalter Küche, Kaffee, Tee oder Selt zu versorgen. Das G- und Ventilgehäuse besteht aus papierdünnem Aluminiumblech und der „Leinwand“ enthält Papierstreifen von zartesten Seidenstoff. Die Kabine ist so in das Luftschiff eingebaut, daß Längsträger des Luftschiffes zugleich Träger der Kabine sind, außer-dem ist sie an 12 Stahlstrahlen doppelt in ihrer Lage gesichert. Große Schieberfenster gestatten nach allen Seiten einen ungehinderten Ausblick von den leichtesten, bequemsten Korbflecken. Je zwanzig Sitze können in der Kabine an einer Fahrt Platz finden. Vielleicht lassen sich noch ein paar Sitze mehr einbauen; denn die Tragkraft des Schiffes reicht für mehr Passagiere aus. Die Fahrpreise sind, wie verlautet, in der Weise festgesetzt, daß eine dreitägige Tour etwa 200 Mk. und eine kürzere Fahrt 100 Mk. sollen wird. Die Fahrpläne sollen rechtzeitig wöchentlich veröffent-licht werden.

Die Reiseveranstaltungen gehen von der Deutschen Luftschiff-fahrts-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. aus. Sie werden von der Hamburg-Amerika-Linie dadurch unterstützt, daß die Agenturen dieser Gesellschaft sich an dem Reiseverkauf beteiligen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Beherrschung der Luft.

Zeppelins Nordpolfahrt.

Am 21. Juli soll eine Vorpreparation abgehen, um die Ballon-fahrt des Grafen Zeppelin in die arktischen Gebiete von Europa vor-zubereiten. So war es bestimmt, als zuletzt alle die Pläne nochmals überprüft wurden, die dem Zwecke galten, mit dem leichten Luft-schiff in die Polargebiete einzubringen und dort, soweit es möglich ist, innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit Forschungen anzustellen. Bereits vor einem Jahr wurde von einem deutschen Regierungs-dampfer Material für die Zeppelinsche Polsfahrt nach dem Norden gebracht und auch heuer im Frühjahr wurden diese Vorräte ergänzt, damit dem kühnen Erfinder alle die Hilfsmittel zu Gebote stehen, die er für seinen Ballon, entzweit von allen Zentren technischer Ent-wicklung und weit ab von aller Zivilisation, zur Verfügung haben muß. Von Kiel aus wird am 2. Juli der Dampfer „Main“ des Norddeutschen Lloyd auslaufen, der die Mitglieder der Zeppelinschen Vorpreparation nach Spitzbergen bringen soll. Sie werden dann dort Vorbereitungen treffen, um im nächsten Jahre den Ballon mit seinem Führer empfangen zu können, wenn er im Sommer 1911 vom Bodensee aus die Luftreise durch Deutschland antwort, dann über Lolland hinaus und Skandinavien übergehend zur Ballonstation nach Spitzbergen zieht, die ihm als Ziel für die Preperation dienen wird, die während des kurzen arktischen Sommers dort ausgeführt werden sollen.

Im vergangenen Jahr war es, als Professor Hergesell in einem Vortrag die Aufgaben einer solchen Forschungsfahrt betonte, die heute nur so erfolgreich zu werden vermag, als die technische Fortbildung der leichten Ballons sich bedeutend erhellt und damit Aufgaben gelöst werden können, die ohne ein solches Fahrzeug kaum zu über-winden sind.

Professor Hergesell wird auch im Verein mit dem Grafen Zeppelin diese deutsche Luftschiffpreparation leiten. Sie soll von der Großbau auf Spitzbergen ihren Ausgang nehmen. Schon die Ver-messungen, die auf dem Schiffe des Grafen von Monaco früher auf Spitzbergen vorgenommen wurden, bestimmten den Professor Hergesell diesen Zeitpunkt im Westen von Spitzbergen zu wählen, weil dort

die jetzigen Verhältnisse für die Durchführung mannigfacher Vor-arbeiten sehr günstig sind.

Die am 2. Juli abgehende Expedition ist eine Vorpreparation, die mannigfache Aufgaben durchzuführen hat, ehe es möglich ist, eines der großen Zeppelinschen Luftschiffe nach dem hohen Norden zu entsenden. Dies wird wahrscheinlich im kommenden Jahre ge-schehen, sobald heuer genügende Erfahrungen gesammelt und die nötigen Vorkenntnisse durch die Expeditionen gewonnen wurden.

Von der Ballonpreparation sind an der Großbau aus sind viele Fahrten geplant, die nach Franz-Josefs-Land, nach Grönländ und in die nördlich davon befindlichen Regionen führen sollen. Als Programm ist vorgesehen, die Luftströmungen in diesen Breiten genau zu ergründen, weitere Messungen der Luftelektrizität, der Wasser-temperatur, der Meereshöhen und andere wissenschaftliche Unter-suchungen auszuführen. Nur unter günstigen Verhältnissen werden die Expeditionsteilnehmer dort alle ihre Vorkoste ausführen können, denn es handelt sich hier um ein Gebiet, in dem die Auswassungs- schon unter 80 Grad nördlicher Breite liegt. Die jetzt abgehende Vorpreparation wird erst im Spätsommer wieder zurückkehren. Bis dahin würden auch die Luftschiffe der Zeppelin-Gesellschaft keine größeren Reisen machen.

Ludwig Fuldas „Taktoman“ als Oper. Eine in Berlin lebende Engländerin, Frau Adela Wadsworth, hat mit Genehmigung Ludwigs Fuldas das Märchen „Der Taktoman“ zu einer vier-aktigen Oper vertont. Die Komposition hat sich an den Dirigent des Städtischen Opernhauses und nun an einigen Stellen Änderungen vor-genommen. Frau Wadsworth hat früher bereits eine Anzahl von Liedern komponiert.

Ein Luftballon der Naturwissenschaften ist, wie aus Rom ge-schrieben wird, in einer wertvollen Weise zur Rettung der Erde bei der Vorlesung im Lyceum in Rom aufgefunden worden. Dort wurde ein Streifen ausgegeben, der auf einer Spaltfläche prächtig erhaltene Stele mehrerer kleiner griechischer Götter zeigt. Das Stück ist deshalb von großem wissenschaftlichen Wert, weil aus dem Ballonstein nur wenige und sehr fragmentarische hierische Stelereste bekannt sind. Für die Gegenwart von Ballast hat einen dem jetzigen Stande verwandten gewöhnlichen Landballon geliefert. Das seltsame Stück — für den Ballon ist es ein Luftballon — ist ein naturwissenschaftliches Sammelstück der Hiesigen Luftballonvereinigung worden. Professor v. Dänne in Wien, einer der besten Kenner der Triasballone, wird vor den Ballon-nigen Abzug herstellen und die wissenschaftliche Bearbeitung des Stückes übernehmen.

Der Prozeß gegen Frau von Schönebeck-Weber.

Allenstein, den 23. Juni 1910.

Siebzehnter Verhandlungstag.

Heute beim Schluß der dritten Verhandlungswoche ist nur noch ein kleiner Rest Zeugen anwesend. Verteidiger Justizrat Sello ist noch immer abwesend. Die Angeklagte hat die letzten Nächte wieder sehr gut verbracht und sieht etwas frischer und lebhafter aus. Zunächst wird Landrichter Krüger über die Angaben einer wegen Krankheit nicht erschienenen Zeugin vernommen, die er seinerseits in seiner Eigenschaft als Untersuchungsrichter vernommen hat. Die Dame gehört den besten Gesellschaftskreisen Allensteins an und war mit der Angeklagten seit 1906 befreundet. Ihre Aussagen sind von sehr betrübender Liebesschwärze, halb launenhaft und kränkelnd. Die Angeklagte zog ihre Tochter, dem Sohn vor, aber einmal führte sie auch ihr Töchterchen scharflos an: „Was hast Du für eine schneidliche Nase!“ Hinterher lächelte sie aber das weinende Kind wie raubend ab. Ein anderes Mal fand die Zeugin die Angeklagte, wie sie sich beim Lesen der Briefe ihrer verstorbenen Mutter die Haare ausraufte und rief: Ich bin so unglücklich, daß ich ohne Mutter aufwachsen muß. Nebenbei hat auch die Zeugin einen sehr nervösen Eindruck gemacht. Die Frage der Verteidigung, warum Frau v. Schönebeck und Goeben nicht konfrontiert wurden, wagt sich der Zeuge zu beantworten, bevor er die Genehmigung des Landgerichtspräsidenten eingeholt habe. — Hierauf wird nochmals die Zeugin Neubauer vernommen. Sie gibt zu, durch die Gegenüberprüfung mit Frau v. Wackts bekannt geworden zu sein, bei der sie bis zum 1. Mai 1910 in Stellung war. Vorher habe sie Stalitzerstraße 81 gewohnt. Der Vorsitzende meint, sie werde wohl dort nicht allein gewohnt haben. Die Zeugin gibt zu, auch Hedemannstraße 6 gewohnt zu haben und vorher in ihrem Privatlogis. — Vorl.: Das soll

eine bekannte Kupplerin

gehabt haben? — Zeugin: Als ich das erfuhr, habe ich mich sofort davon getrennt, ich wohnte dort nur vier Wochen. — Vorl.: Sie sind durch Beschluß vom 30. Mai aus der Wohnung herausgesetzt worden. Zeugin gibt das zu, sie habe den Mietkontrakt mit unterschrieben. — Vorl.: Weshalb haben Sie uns davon nichts gesagt? — Zeugin: Ich bin nicht danach gefragt worden. — Vorl.: R. v. Wackts: Die Zeugin kann doch nicht alle ihre Berliner Wohnungen angeben. — Vorl.: Aber ich wollte ihr Leben kennen lernen. Die Verteidigung beantragt darauf die Vernehmung des Fräulein v. Wackts. Eventuell könne die alte, gefällige Dame kommissarisch vernommen werden. Die Staatsanwaltschaft beantragt in diesem Falle auch einen Zeugen Schöne zu laden, gegen den eine Verleumdungsklage des Fräulein Neubauer beim Amtsgericht Berlin-Mitte schwebt. — Zwischen hat Landrichter Krüger die Genehmigung zur Aussage nach allen Richtungen erhalten. Während er im Untersuchungsgefängnis die Angeklagte zwar gebrochen, aber nicht eigentlich geistesunfähig gefunden habe, fiel in der Irrenanstalt Kortau Frau v. Schönebeck vollkommen in Geisteskrankheit. Unter solchen Umständen nahm der Zeuge an, daß die Gegenüberstellung bei Frau v. Schönebeck eine kolossale Aufregung hervorrufen würde. Da ihm nun Kriegsgerichtsrat Conrad sagte, daß Hauptmann v. Goeben jedesmal besonders exaltiert wurde, wenn er auch nur den Namen der Angeklagten hörte, so hielt Zeuge eine Konfrontation nicht für angebracht. — Der nächste Zeuge Weiner, Fahrkonditor in Essen,

früher Burche beim Major von Schönebeck

war oft Zeuge eines Wortwechsels und sah ärgerliche Szenen bei Tisch. Der Major tabelte oft das Essen und die Frau Major erwiderte dann, wenn es ihm nicht passe, könne er ja ins Kasino gehen. — Vorl.: Hat der Major das Essen wieder herausgeschickt? — Zeuge: Jawohl. — Vorl.: Früher haben Sie gesagt, er hätte es schließlich doch immer gegessen. — Zeuge: Jawohl, ich habe mich geirrt. — Vorl.: Manchmal soll dem Major das Essen sehr gut geschmeckt haben. — Zeuge: Jawohl, wenn seine Köchin da war und die gnädige Frau selbst kochte. — Zeuge gibt an, daß die Angeklagte oft sehr erregt war und schimpfte, dann aber wieder sehr gut war. — Vorl.: Wo lag immer der große Hund Pirschmann? — Zeuge: Meist vor dem Schlafzimmer des Herrn Majors, meist auf dem Korridor und meist auch oben im Korridor. — Vorl.: Das ist doch etwas viel, daß er meist an drei verschiedenen Stellen gelegen hat. — Zeuge: In der letzten Zeit war er meist oben. — Vorl.: Wie waren die Klingelstellungen? — Zeuge: Meist in Ordnung. — Vorl.: Sie sollen Nebenarten in der Kaserne gemacht haben und gesagt haben, daß Ihre Herrin sich mit allerlei Leuten abgegeben habe. Ein Burche habe sich 700 Mark verdient. Zeuge schweigt erst, dann verneint er die Frage. Der Vorsitzende macht ihn an den Eid und meint: Lieber Freund, Sie werden doch wohl etwas gesagt haben. — Zeuge: Nein, ich weiß von dem Burche nichts. Aber wenn der Major verweist war, kamen häufig junge Herren. — Vorl.: Schloß dann die gnädige Frau das Zimmer ab? — Zeuge: Manchmal ja, aber nicht immer. — Auf eindringliches Fragen der Verteidigung gibt der Zeuge zu, daß er nicht bloß wegen Unordentlichkeit, sondern auch wegen einer anderen Geschichte weggenommen sei. — Ferner gibt er an, daß er gehört habe, wie beim Weggehen des Herrn Burche das Schloß aufgeschlossen wurde. Einen Brief der Frau v. Schönebeck an Goeben habe er nicht gesehen, aber ein Burche des Hauptmanns v. Goeben habe ihm erzählt, daß er einen Brief an die Frau Major gesehen habe, den er in der Tasche des Hauptmanns v. Goeben gefunden. Was in dem Briefe stand, weiß Zeuge nicht. Er weiß auch nicht mehr, wie der Burche hieß. Die Angeklagte bemerkt zu der Zeugenfrage, wenn ich mich nachmittags hinlegte, habe ich die Tür hinter mir abgeschlossen. — Dem Zeugen werden die Jagdstrümpfe des Majors vorgelegt. — Er glaubt, daß der Major solche Strümpfe getragen habe, kann es aber nicht genau sagen. — Zeugin Aufwärtlerin Maeszen in Allenstein, frühere Anwaltskammer bei Schönebeck, hat keine Streitigkeiten zwischen dem Ehepaar und auch keine Besuche während der Abwesenheit des Majors wahrgenommen. Einmal hat sie ein Taschentuch aus dem Fenster herausgehängt gesehen. Sie fragte Fräulein Sue, ob sie es wegnehmen sollte. Diese sagte, sie wisse es nicht. Am nächsten Morgen lag das Taschentuch in der schmutzigen Wäsche. — Auch dieser Zeugin werden die Strümpfe vorgelegt. Sie glaubt, daß sie dem Major gehört haben.

Nach der Pause wird Hauptmann v. Gaesten, jetzt Generalstabsoffizier in Erfurt, vernommen. Zeuge hat

Einzelheiten über den Burenkrieg

im Auftrage des Generalstabs verfaßt. Er hat Aufzeichnungen Goebens benutzt, die zum Teil auch mündlicher Art waren. Sie waren so, daß er annehmen mußte, daß Goeben am Gefecht am Spionstop persönlich teilgenommen habe. Als sich aber herausstellte, daß Goeben tatsächlich zu dieser Zeit nicht in Südafrika, geschweige denn am Spionstop gewesen sein kann, wurde eine Nachprüfung vorgenommen. Sie ergab, daß das Material dennoch einwandfrei ist und daß die Angaben Goebens sich vollkommen mit dem Bericht von autoritativer Burenseite decken. Der Zeuge vermutet, daß Goeben persönliche Mitteilungen von dem ihm nahe stehenden General Wolke bekommen hat. Eine materielle Feststellung des Generalstabs liegt also nicht vor, sondern Goeben hat lediglich den Zeugen persönlich irrtümele geführt. Goeben hat den Zeugen gebeten, ihn nicht, wie Zeuge das ursprünglich tun mußte, als Quelle anzuführen. Zeuge hat das damals als Beweismittel angesehen, jetzt erregt es ihn in anderem Sinne. Nachher hat Goeben nicht aus Ungehörigkeit nach Südafrika geschickt. Dem Zeugen hat er eine Herzensangelegenheit mit einer verheirateten Frau als Grund angegeben und der Zeuge hat dann nicht weiter darnach gefragt. Der Zeuge meint, Goeben habe sich zu irgend einer Persönlichkeit zu einer Höhe hinreichend lassen und die Höhe sei dann so lammenartig angewachsen, daß Goeben sie nicht mehr aufhalten konnte. Denn wenn es herausgekommen wäre, so wäre Goeben ein erledigter Mann gewesen.

Goebens Wahrhaftigkeit war so hoch geschätzt, daß niemand an seinen Angaben zweifelte, am allerwenigsten der Zeuge, der ihm persönlich nahe stand. Am Großen und Ganzen ist auch von dem Generalstab nichts historisch unrichtliches veröffentlicht worden. Goeben hat den Bericht von der Burenseite in der Hand gehabt und der Zeuge nimmt an, daß er als selbst erlebt das hingenommen hat, was in diesem Bericht als die persönlichen Erlebnisse der Generale Wolke und Bürger angegeben worden ist. Auf Frage der Verteidigung gibt der Zeuge zu, daß wenn bei Goebens Zeiten die Sache herausgenommen wäre, wohl

ein militärstrafrechtliches Verfahren

gegen Goeben eingeleitet worden wäre. Nach Erinnerung des Zeugen ist übrigens in dem Buche Goebens über den Burenkrieg vom Spionstop nicht die Rede. Goeben machte, wie der Zeuge nochmals wiederholt, auf ihn den Eindruck absolutester Wahrhaftigkeit, wenn er auch trotz seiner Zurückhaltung immerhin manches sagte, was der Zeuge schon damals als Renommage anfah. Hauptmann Tötelmann gibt folgende Erklärung ab: Der Erklärung des Hauptmanns a. D. Schloiser kann ich mich nicht in allen Stellen anschließen. Ich denke ebenso wenig wie er daran, verwerfliche Handlungen auch nur mit einem Wort zu beschönigen, aber Herr v. Goeben hat die schwere Schuld schwer gebüßt. Nach meiner Ueberzeugung ist die Mehrzahl seiner Freunde nicht gewillt, ihm ihr freundschaftliches Mitgefühl über das Grab hinaus zu entziehen.

Hierauf wird mit der Entgegennahme der Gutachten begonnen. Zunächst wird Professor Dr. Ruppel über die noch immer strittige Frage vernommen, in welcher Weise Major v. Schönebeck erschossen worden ist. Nach einigen Darlegungen kommt der Zeuge zum Schluß, daß nichts dagegen spricht, daß der Major den Schuß empfangen hat, als er stand, wie Herr v. Goeben das angegeben hat. Vert. Rechtsanwalt, Bahn erklärt dazu, daß er seinerseits nie die Auffassung gehabt habe, der Major sei im Bett erschossen worden. Der Vert. Rechtsanwalt Salzmann habe diese Anschauung ursprünglich gehegt, sie aber längst aufgegeben.

Vert. Rechtsanwalt Privatdoz. Dr. Strauch-Berlin berichtet sodann über den Gesundheitszustand der Angeklagten bei ihrer Verhaftung in Charlottenburg. Sie war in großer körperlicher Unruhe. Der Puls war sehr hoch. Auf Abelsche reagierte sie so gut wie garnicht. In den Armen hatte sie große blaue und rote Flecke, die von Wunden herrührten, die sie sich selbst beigebracht hatte. Der Sachverständige hatte den zweifellosen Eindruck einer schwer hysterischen und daher haftunfähigen Person.

Hierauf wird die Verhandlung am Montag früh vertagt. Die Sachverständigen werden über den Geisteszustand der Angeklagten und des Hauptmanns v. Goeben vernommen werden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 23. Juni. Der Staat ist gereizt. Die Bauarbeiter-Auspeicherung hat der hiesigen Polizei viel freiwilige Arbeit rettet. Wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit wurde auf Streikposten geschritten, und, wo sich welche vor den Augen des Gesetzes nicht ließen, diese weggeräumt, die Personenhaftung schickte oder sogar verhaftet. Am Donnerstag standen fünf Bauarbeiter, die sich gegen die Gesetze zum Schutze der Kaputtstellen verweigerten, vor den bürgerlichen Richtern. Zeugen waren natürlich Polizisten, und zwar der Polizeikommissar Bruchmann und der Polizeiführer Hauptmann. Während der letztere seine Aussagen nur auf direktes Befragen machte, zählte der Polizeikommissar die ganzen Missetaten der Angeklagten auf. So sollen nach seiner Aussage Arbeitswille, die nach Brieg kamen, belästigt und sogar mißhandelt worden sein. Deshalb habe er den Auftrag erhalten, den Bauhof zu überwachen. Er muß aber selbst zugeben, daß von den Angeklagten keiner einen Menschen angehalten oder belästigt hat. Sie haben zwar auf die Aufrechterhaltung des Platz zu verlassen, immer an einer anderen Stelle wieder aufgestellt genommen. Das habe er, Bruchmann, als eine Verhöhnung seiner Person angesehen. Zwei von den Angeklagten seien zwar fortgegangen, haben sich aber verabschiedet, und zwar so, daß er es hören konnte, etwas Trinken zu geben. Auch das habe er als Sohn angenommen und sei den beiden in die Arme gefolgt, um dort ihre Personalkennzeichen festzustellen. Da diese verweigert wurden, habe er beide verhaftet.

Darin bestand das Verbrechen der beiden, und jeder muß wegen der nicht erwiebenen Hochachtung der Polizei 15 Mark Strafe zahlen. Ein dritter und vierter muß ebenfalls bleiben, während der fünfte, weil er zu dem Polizeikommissar Bruchmann gesagt haben soll, daß er mehr Steuern bezahle wie dieser, und daß der Polizeikommissar von den Steuerzahlern erhalten wird, 21 Mark Strafe bezahlen muß. Trotz der verhängten Strafen sind die Verurteilten immer noch der Meinung, daß die Polizei keineswegs die Interessen der Allgemeinheit vertritt.

Sirischberg, 27. Juni. Polzeihaft ist nicht strafbar. So entschied das Schöffengericht am Freitag gegen den Maurer Dausell, als Vorsitzender des Arbeiter-Malab-vereins Straßburg. Der Verein hatte bei seinem Gartenfest mit der Windblase nach einer Scherbe geschossen und dafür erhielt Genosse Dausell einen Strafbefehl über 5 Mark, wegen er Einbruch erhob, da alle bürgerlichen Vereine ebensolche Schießen veranstalten und er den Stand genügend abgeputzt habe, somit der Platz als bemohnter Ort im Sinne des Gesetzes nicht gelten könne. Das Gericht war derselben Meinung und hält auch die Polizeiverordnung vom 23. Mai 1893 nicht für anwendbar. — Die Polizei hat also wieder einmal Biasto erlitten.

Siegen, 27. Juni. Eröffnung der Rosen-Ausstellung. Die deutsche Rosen- und Dahlien-Ausstellung, die mit der Schönen Gartenbau-Ausstellung verbunden ist, wurde Sonntag Mittag 12 Uhr in Siegen eröffnet. Das 50 Morgen große Ausstellungsgelände ist mit circa 40.000 Rosen besetzt, die sämtlich in voller Blüte stehen und einen herrlichen Anblick bieten.

Stadtdorf, 27. Juni. Töblicher Verunglückter. Am Freitag Vormittag ereignete sich bei dem Abbruch der alten Holzleie in Birgitz ein bedauerlicher Unglücksfall. Der 61-jährige Zimmermann Heinrich Schmidt wurde von einem herabfallenden Balken getroffen und fand alsbald seinen Tod.

Reutemühl, 27. Juni. Töblicher Unfall. Am Freitag Abend gegen 7 Uhr ereignete sich in der Bahnhofstraße ein töblicher Unglücksfall. Der Kutscher Brungard Aelt sollte hier in Köllern vorbeifahren. Die Köllern kamen plötzlich ins Rollen, hierdurch gingen die Pferde durch und Aelt fiel mit dem Kutschersitz vom Wagen. Der schwer beladene Wagen ging ihm über Brust und Gesicht. Der 18-jährige Aelt war auf der Stelle tot.

Aus Oberschlesien.

Ein Kottschrei aus Sorsigwerth.

Unter dieser Ueberschrift erscheint im „Wanderer“ ein mit „Mehrere Arbeiter“ gezeichnetes „Eingekannt“, das wir hier im vollen Wortlaut wiedergeben. Es lautet: „Wir bekamen, sind schon seit Monaten auf Hedwigswinkelstraße 3 bis 4 Kottschreien monatlich in allen Grubenbetrieben eingeleitet, namentlich über Tage. Vom 1. April sind dazu 2 Lohnreduzierungen im Grubenbetriebe eingeleitet, wodurch jedoch wieder die Tagearbeiter in die größte Mitleidenschaft gezogen sind. Bei monatlich 21 bis 22 Schichten mit 2,90 Mark pro Schicht, das sind 61 bis 64 Mk. Monatsverdienst, kommen noch 5,50 bis 6 Mark in Abzug zur Pension, 14 Mark und Invalidenversicherung. Weiterhin sollen 10 bis 14 Mark Miete und Steuern aufgebracht werden. Es kann aber kein Arbeiter und Familienoberhaupt mit 4 bis 7 oder noch mehr Kindern bei 40 bis 42 Mark Verdienst in der überaus teuren Zeit keine Familie ernähren und bestreiten. Untererführung, Jülich, Aum.

mer und Verderben sind die Folge. Der Tagelöhner gehört zum Betleibe wie jeder andere. Er hat dieselben Gefahren, ist zugleich jeder Witterung preisgegeben und muß die meisten und schwersten Arbeiten verrichten; bleiben Letzt der Zeit, müssen die übrigen die Arbeit verrichten, da bei Ertrag voran ist. Deshalb wenden sich die Arbeiter auf öffentlichen Wegen an die hohe Verwaltung der Hedwigswinkelstraße, unsere Kinder zur Arbeit auszulassen, damit Freude, Ruhe, Sacht und Ordnung in unsere Arbeiterfamilien einführt. Wir gehören nicht zu den unzufriedenen Sozialdemokraten, sondern wir bitten, uns rechtlich ernähren zu dürfen. Mehrere Arbeiter.“

Die hier gezeichneten Zustände sind durchaus richtig auf einen Grund und Mitleid sogar noch trauer. Aber dieser „Kottschrei“ ist doch sehr interessant und lehrreich, er kennzeichnet die Erziehung der Arbeiter durch das Zentrum und deren Forderungen. Nicht mehr Lohn, sondern Kinderarbeit verlangten die Meisten um sich rechtlich ernähren zu dürfen. Angehts dieser Forderung ist die Erklärung: „Wir gehören nicht zu den unzufriedenen Sozialdemokraten“ sehr treffend, denn Sozialdemokraten leben erst zu, damit ihr Lohn erhöht wird, so wie die Kinder dem Kapital zur Ausbeutung übergeben. Das der „Arbeiterfreundliche“ „Wanderer“ diese ihm seit Jahren bekannten Tatsachen nur unter „Eingekannt“ bringt, statt ganz energisch die Sache seiner vielen Leser zu vertreten, ist recht bedauerlich. Aber wenn man die Artikel des Blattes über die letzten Wahlausgänge liest, dann wird es einem erst klar, daß der „Wanderer“ mit den Gruben- und Schichtenproben es nicht verderben will, die Arbeiter ihm sonst aber gleichgültig sind.

Wenn solche trostlose Zustände jeden Augenblick sogenannte wilde Streiks hervorrufen, ist es nur zu erklärlich. Da müßen auch alle Bekanntmachungen eines Herrn Uthemann nicht, der jetzt den Abwehrkampf mit direkten Unwahrheiten führt. Nach einer Bekanntmachung der „Kattowitzer Zeitung“ nennt Herr Uthemann den Streik auf den Kattowitzer Schichten einen polnisch-sozialistischen Putz, der von polnisch-sozialdemokratischen Hebern inszeniert ist. Herr Uthemann weiß dabei ganz genau, daß weder die Sozialdemokratie noch die freien Gewerkschaften etwas mit dem Streik zu tun haben, sondern einzig und allein die nationalpolnische Berufsbewegung daran beteiligt ist. Herr Uthemann kann wirklich froh sein, daß die Sozialdemokraten nicht an diesem Streik beteiligt sind, denn sonst hätte er es doch mit einem Gegner zu tun, der ihm sehr unlieb wäre, und mit dem er anders zu rechnen hätte. Aber auch der letzte Kampf sollte die Herren lehren, daß selbst der oberste Arbeiter zu denken anfängt, da müßen weder Kaplan noch Schnapsflasche noch unwahre Erklärungen, sondern nur höherer Lohn und menschwürdige Behandlung. Welches steht in Oberschlesien.

Kattowitz 27. Juni. Gewerbeamtliches. Der Maurer Gaide klagt gegen Unternehmer Kschilt auf 14 tägige Lohnentschädigung wegen plötzlicher Entlassung. Da Gaide noch während der Geltungsdauer des alten Tarifs entlassen wurde, dieser Tarifvertrag aber eine Kündigungsfrist ausschloß, wird die Klage abgewiesen. Bemerkenswert bei der Begründung des Urteils war, daß das Gewerbeamt sich prinzipiell für die Fortdauer der Vertragsbestimmungen über den Ablauf des Tarifs hinaus erklärte. Diese Geltung der alten Vertragsbestimmungen während der tariflosen Zeit könne nur aufgehoben werden, falls Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausdrücklich andere Vereinbarungen treffen. Es klagten ferner 6 Schichtarbeiter gegen den Tiefbauunternehmer Kinnolo auf je 14,25 Mark Lohnentschädigung wegen Kündigungsfrist Entlassung. Kinnolo war es nicht berechtigt zu machen, daß der § 122 der Gewerbeordnung Geltung besitze, falls er bei der Annahme von Arbeitern nicht mit diesen den Ausschluß einer Kündigungsfrist vereinbare. Im Vergleichswege zählt schließlich Kinnolo jedem Kläger 7 Mark. Bei Eintritt in die Verhandlung unterbrach ein heftiges Intermezzo den Ernst der Tagung. Das Rudrum lautete N. N. und Genossen. Da nur N. N. eingetreten war, eruchte der Vorsitzende den Gerichtsdienner, auch die anderen Kläger hereinzuführen. Der Gerichtsdienner entledigte sich seines Auftrages indem er mit Stentorstimme in den Klur rief: „Die Genossen“ alle reinkommen!“ „Genossen“ waren die Eintretenden zwei nicht, aber ein mißbilligendes Knurren und halblauter Ladel des Vorstehenden waren das Ergebnis dieser Entlassung. Die nächste Sache brachte einen sehr oft gesehenen Gast als Beklagten obermals vor die Schranken des Gerichts. Auch in der heutigen Verhandlung hatte das Gericht über drei Klagen gegen Kieselbe Kinnolo zu entscheiden. — Es klagte der Tischler Englisch gegen Danpffischerer Tebel u. Co. auf 20 Mark Entschädigung wegen Zurückbehaltens der Arbeitspapiere. Tebel verließ sich auf den Tarif, wonach der Arbeiter nicht Mittags, wie im vorliegenden Falle, sondern erst Abends die Stellung aufgeben dürfe. Der Beleg durch den Vorsitzenden, daß diese Bestimmung nicht die Berechtigung gebe, durch Zurückbehaltung der Arbeitspapiere den Arbeiter an der Aufnahme anderer Arbeit zu hindern, erwies sich Tebel unangänglich. Dem Juraten des Vorsitzenden gelang es schließlich, den Beklagten zu einem Vergleich bei Zahlung von 10 Mark zu bewegen.

Bödingshütte, 27. Juni. Rom und Schlachtelbe der Arbeit. Im Hochobertelbe der Bödingshütte wurde Sonntag Vormittag der Arbeiter Jeksonel infolge eines Unfalles getötet.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

A. Arcuzburg. Sie können den Kauf nicht erzwingen, rufen Ihnen auch nicht, deshalb Klage zu erheben.

St. Posen. Verjährung ist nicht eingetreten. Der Graber gehört dem Schloßherrn und der Nachbar hat kein Recht, auf einem fremden Grundstück zu bauen.

Sauberg. Das wissen wir nicht; wir haben auch keine Zeit, zu ermitteln, wenn das eine oder andere Regiment verlegt worden ist.

St. N. 1. Ja. 2. Das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts können Sie selbst beim Landgericht einreichen. 3. Die Gründe zur Erbschaft sind dabei genau anzugeben.

S. Parnitz. 1. Die Klage ist ausständiglos. Das Versprechen mußte seiner Zeit schriftlich gegeben werden; da das nicht geschehen ist, ist jetzt gar nichts zu erreichen. 2. Wenn die Mutter nichts hat und Sie als Vormund für den Jungen nicht sorgen wollen, muß die Gemeinde um Unterstützung ersucht werden. 3. 100. Für mechanische Musikinstrumente in Restaurationen (Stammophone usw.) ist auch die städtische Lustbarkeitssteuer zu zahlen; sie beträgt bei einem Anschaffungswert bis 500 Mk. vierteljährlich 4 Mk.

Brieger Kollegen. Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit bei 55 Pfg. Stundenlohn für Breslauer Maurer gilt seit dem Jahre 1907.

S. Parnitz. 1. Die Steuer für den Monat Februar müssen Sie bezahlen; sie konnte auch vom Lohne gepfändet werden. 2. Die Vollstreckung einer Strafe von einer Woche Gefängnis verjährt in fünf Jahren. 3. Wenden Sie sich an die dortige Polizeibehörde.

S. Parnitz. Auch wenn der Jahreslohn weniger als 1500 Mk. beträgt, kann er wegen rückständiger Steuern gepfändet werden, aber nur dann, wenn diese Steuern nicht länger als drei Monate fällig sind.

A. N. 25. Die Adresse lautet: An den Magistrat hiesiger Kl. Haupt- und Residenzstadt.

S. Parnitz. Auch wenn der Jahreslohn weniger als 1500 Mk. beträgt, kann er wegen rückständiger Steuern gepfändet werden, aber nur dann, wenn diese Steuern nicht länger als drei Monate fällig sind.

A. N. 25. Die Adresse lautet: An den Magistrat hiesiger Kl. Haupt- und Residenzstadt.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die buchhalterische Verantwortung.